Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 102. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 29. Februar 1868.**

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

18. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 28. Februar.

Eröffnung 11½ Uhr. — Am Ministertisch: die Minister v. d. Heydt, Graf v. Itzenplitz, Dr. Leonhardt und mehrere Commissarien; später Minister Graf zu Eulenburg.

Beim Eintritte in die Tagesordnung wurde zunächst die in der letzten Sitzung vertagte Schlußberathung über die mit den Interessenten der Salinen zu Lüneburg und Halle abgeschlossenen Verträge fortgesetzt. — Der Antrag des Ref. Dr. Dernburg geht bekanntlich dahin, den Vertrag mit der Saline Lüneburg zu genehmigen, den mit der Saline Halle aber zu verwerfen. — Vom Grafen zur Lippe ist das Amendement gestellt worden, auch deu Vertrag mit der Saline Halle zu genehmigen.

Graf v. Brühl befürwortet die Genehmigung des Vertrages. Durch die große Wärme und den poetischen Schwung des Referenten haben sich verschiedene Mißverständnisse in die Frage eingeschlichen. Er hat die Pfännerschaft dargestellt als eine Wittwen- und Waisenanstalt, als eine Art von Damenstift, die vom Recht Nichts wissen, jedes Beistandes entbehren und übervortheilt worden sind. Entkleidet man aber diese Darstellung ihres poetischen Schwungs, so findet man, daß in der Mitte dieser Frauen und Jungfrauen sich Rechtsanwalte, Professoren 2c., überhaupt Männer befinden, die recht wohl wissen, was Rechtens ist und die in vollem Bewußtsein den Vertrag abgeschlossen haben. Das Haus hat keine Veranlassung, sich als eine Vormundschaftsbehörde über Großjährige aufzuwerfen. Die Verträge sind vollkommen annehmbar. Eine Verwerfung der Verträge schädigt die Interessen der Pfänner insofern, als sie in diesem Falle sich auf den unsicheren Ausgang eines Processes einlassen müßten, während sie durch den Vertrag eine sichere Einnahmequelle erhalten.

Ref. Dr. Dernburg verliest eine aus Halle eingegangene Petition eines Interessenten, der um Verwerfung des Vertrags bittet, da durch denselben ihm die Subsistenzmittel für seine Familie entzogen würden. Herr v. Senfft-Pilsach behauptet, daß die „bei unserem Königshause seit Jahrhunderten gut angesehenen Halloren" durch den Vertrag sehr viel verloren haben. Wenn auch der Staat Vortheil dadurch habe, könne das Herrenhaus dies doch nicht billigen. Mit den Halloren sei aber ein Vertrag nicht abgeschlossen; der Vertrag mit den Pfännern als solcher erscheine ihm allerdings rechtsverbindlich. Man möge sich bei der Behandlung dieser Frage einige Worte „aus alter Zeit" zu Herzen nehmen und nicht rückwärts, sondern lieber vorwärts gehen auf der Bahn der Billigkeit und Gerechtigkeit. Redner verliest sodann eine Stelle aus einer königl. Verordnung vom 23. October 1867 an die Regierungsbehörden, worin dieselben aufgefordert werden, „die mit Privaten abgeschlossenen Verträge zu halten und die Ausführung derselben nicht aus Sophisterei zu verzögern. Die Behörden müßten in der Achtung vor der Heiligkeit und Gültigkeit von Verträgen mit gutem Beispiele vorangehen." Diese Worte könnte sich auch die gegenwärtige Regierung noch zu Herzen nehmen.

Finanzminister v. d. Heydt: Ich hätte nicht erwartet, daß die Verträge in diesem Hause auf Widerspruch stoßen würden; ich hätte aber vor allen Dingen nicht erwartet, daß man der Regierung vorwerfen würde, sie wolle bestehende Verträge nicht halten. Die darauf hinzielenden Worte des Vorredners geben einen Beweis von gänzlicher Verkennung der vorliegenden Sache. Wenn der Herr Vorredner die Regierung ermahnt, vorwärts und nicht rückwärts zu gehen, so geht diese Mahnung wohl auch aus einer gänzlichen Verkennung der Situation hervor; der Vorredner geht vielmehr wohl rückwärts, während er vorwärts gehen will. — Die Pfännerschaften sind nach der Auffassung der Regierung nicht im formellen Rechte; man hat vielmehr den Vertrag lediglich aus Billigkeitsrücksichten abgeschlossen; und die Entschädigung, welche gewährt wird, ist keineswegs so geringfügig, wie der Herr Referent es dargestellt. Noch vor wenigen Tagen hat man hier im Hause der Regierung dringend ans Herz gelegt, in Zuwendungen der Liberalität nicht zu weit zu gehen und die Staatskasse nicht allzu sehr mit Acten der Wohlthätigkeit in Anspruch zu nehmen, Jetzt nun richtet man wieder die umgekehrte Mahnung an sie, sich der wohlthätigen Anstalten, der Wittwen und Waisen anzunehmen. Ich muß dem Herrn Referenten dabei bemerken, daß die Pfännerschaft keineswegs blos aus Wittwen und Waisen besteht; unter den Pfännern befinden sich vielmehr viele Collegen des Herrn Referenten. Ob der Herr Referent mit derselben Wärme gegen den Vertrag auftreten würde, wenn es sich um die Saline einer entfernteren Provinz handelte, weiß ich nicht; man pflegt aber in der Regel etwas befangen zu werden, wenn diejenigen sich in der Nähe befinden, denen man etwas zuwenden will.

Dies ist häufig bei Behörden der Fall, es scheint sich dies auch beim Herrn Referenten zu zeigen. (Der Minister verliest sodann aus den Acten ein Verzeichniß von Mitgliedern der Pfännerschaft in Halle; es befinden sich darunter Professoren, Kaufleute, Schulräthe, Regierungspräsidenten, Consistorialräthe, Kreisgerichtsdirectoren, Justizräthe, Minister, Oberst-Lieutenants, Stadträthe, Sanitätsräthe 2c.) Aus den Verhandlungen geht auch hervor, daß diese durchaus Rechtsbeistände gehabt, und erst nach sorgfältiger Ueberlegung auf den Vergleich eingegangen sind. Mit Ablehnung des Vertrages wird man die Interessenten lediglich schädigen, da die Regierung in diesem Falle ihnen freiwillig gar nichts zahlen kann, sondern es auf einen Proceß ankommen lassen muß.

Die Commissarien des Finanz- und Handels-Ministeriums empfehlen gleichfalls die Annahme des Vertrages, der eine hinreichende Entschädigun gewähre. Der Staat dürfe nicht Mittel zu Sinecuren bewilligen.

Ref. Dr. Dernburg rechtfertigt zunächst in längerem Vortrage seine Anträge, welche den „Standpunkt der materiellen Gerechtigkeit" wahren sollen. Es sei ungerecht, irgend ein Privileg ohne volle Entschädigung aufzuheben. Da jedoch die Regierung im Falle der Ablehnung des Vertrages ein Provisorium zu schaffen nicht geneigt scheine, dann aber allerdings durch die Ablehnung die Interessen der Pfänner noch mehr geschädigt würden, zog er seinen Antrag auf Ablehnung des Vertrages mit der Saline Halle zurück. — Bei der nun folgenden Abstimmung wurden beide Verträge genehmigt.

Es folgt die Schlußberathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der öffentlichen Spielbanken zu Wiesbaden, Ems und Homburg.

Ref. Graf v. Maltzahn beantragt Annahme des Gesetzentwurfes in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung. (Der Gesetzentwurf mit der im Abgeordnetenhause beschlossenen Aenderung ist aus der betreffenden Verhandlung in diesem Hause bekannt.)

Es liegen zu diesem Gesetzentwurfe zwei Amendements vor. 1) Vom Baron Senfft-Pilsach: Die Spielbanken nicht erst Ende 1872 (wie es die Regierung wünscht), sondern schon 1868 zu schließen. 2) Von Herrn von Daniels: Die Spielbanken sofort zu schließen, sobald das gegenwärtige Gesetz in Kraft tritt.

Ref. Graf v. Maltzahn befürwortet, indem er es für unnöthig hält, in der Sache selbst noch etwas zu sagen, seinen Antrag und erklärt sich gegen die beiden Amendements, weil von Seiten der Regierung schon im anderen Hause erklärt worden sei, daß mit Annahme dieser Amendements das ganze Gesetz zu Falle gebracht werde.

Baron v. Senfft-Pilsach: Ich muß dem Herrn Vorredner erwidern, daß mein Amendement im andern Hause nicht als ein solches bezeichnet worden ist, dessen Annahme das ganze Gesetz zu Falle bringt; daß ferner in einer gewissen anderen Versammlung 151 Herren für mein Amendement gestimmt haben und 153 dagegen, während eine große Anzahl der Herren abwesend war. Hätte nur noch der vierzigste Theil der Fehlenden für mein Amendement gestimmt, so wäre es angenommen worden. Auf weitere Auslassungen will ich nicht eingehen, ich glaube, es ist in diesem hochgeehrten Hause kein einziges Mitglied, das nicht mit Betrübniß auf das Fortbestehen dieser Schändlichkeit blickte. Die Spielgesellschaften sind sehr zweideutige; — milde ausgedrückt, anderwärts sind stärkere Ausdrücke gebraucht worden. — Es ist öffentlich ausgesprochen worden, daß die Actionäre der Banken im letzten Jahre 40 pCt. Zinsen erhalten haben; bei solchem Gewinne braucht man nicht so ängstlich zu sein, daß man die Actionäre etwa schädigen könne. Wir wollen heute doch nicht beschließen, die Schändlichkeit des Spielens noch 5 Jahre bestehen zu lassen? Deshalb habe ich auch mein Amendement gestellt, dem ich zuzustimmen bitte. Ich bitte noch um die Erlaubniß, Ihnen Etwas aus einer liberalen (so viel wir bemerken konnten, aus der Vosse'schen) Zeitung über die Sache vorzulesen: (Er liest) „Alles für das Fortbestehen der Spielbanken geltend Gemachte läuft auf die Rücksichten hinaus, die man den Communen schuldig zu sein glaubt; weil den Communen aus der Schließung der Spielbanken Nachtheile erwachsen würden, hat man nicht nur das bei edlen und allen civilisirten Nationen geltende Sittengesetz, sondern auch das bestehende Strafgesetz verletzt; indem man einen Paragraphen des Strafgesetzbuches außer Wirkung setzen will." Ferner: „Das höchste Gesetz für den Staat ist die Rücksicht auf sein Wohl; das Wohlsein des Staates aber beruht und kann nur beruhen auf der Sittlichkeit seiner Einrichtungen; durch Duldung und Zulassung von Unsittlichkeiten hebt man die Idee des Staates auf und fügt ihm einen unberechenbaren Nachtheil zu."

Herr v. Daniels befürwortet das von ihm gestellte Amendement; die Strafgesetzgebung verbiete gewerbmäßiges Spiel. Privilegien, die gegen diese Bestimmung bestehen, müssen als schädlich für den Staat so bald als möglich beseitigt werden.

Der Minister des Innern: Ich muß den Standpunkt der Regierung in dieser Frage mit einigen Worten auseinandersetzen, weil es sonst den Anschein hat, als stände die Regierung in Partei der Aufhebung oder Nichtaufhebung des Spieles gegenüber. Sie legt auf die Annahme des Gesetzentwurfes den allergrößten Werth, weil sie glaubt, auf dem in ihm bezeichneten Wege diese Angelegenheit zu einem erwünschten Ausgange zu bringen. Ueber die Verwerflichkeit oder Nichtverwerflichkeit des Spieles werden große Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen. Die Regierung ist der Ansicht, daß das Spiel keineswegs sanctionirt werden dürfte; es fragt sich nur, zu welcher Zeit und unter welchen Bedingungen ihm ein Ende gemacht werden soll. (Redner führt darauf ziemlich wörtlich dieselben Motive für den Gesetzentwurf an, die er im Abgeordnetenhause vorgebracht — Rücksicht auf die Interessen der betheiligten Communen — und schließt mit der Bitte, das Gesetz in der Fassung anzunehmen, wie es aus dem Abgeordnetenhause hervorgegangen.)

Die Herren v. Schlieckmann und Götze empfehlen Schließung des Spiels am Ende dieses Jahres.

Der Minister des Innern: Meine Herren, es ist bei Bekämpfung des Gesetzentwurfes übersehen worden, daß die Spielbanken auf Grund giltiger Concessionen von Seiten der früheren Regierungen berechtigt sind, daß die Inhaber derselben nicht Leute sind, die eine Bank auflegen, wobei die Regierung ein Auge zudrückt. Ich bitte Sie, sich die Benachtheiligung der Communen durch sofortige Schließung der Banken zu vergegenwärtigen, ich bitte Sie zu bedenken, daß die Bank in Wiesbaden, z. B. 30,000 Gulden jährlich der Commune zur Verschönerung der Stadt zahlte, 57,000 Gulden für's Theater, 1000 Gulden an's Hospital, 30,000 Gulden an Communal-Gewerbesteuern. Das sind Summen, die für eine Stadt wie Wiesbaden außerordentlich schwer wiegen; diese mit Einem Schlage entziehen, hieße den vollständigen Ruin der Stadt herbeiführen. Ich möchte noch hervorheben, daß, wenn der Gesetzentwurf hier abgelehnt wird, die Regierung sich keinesfalls dabei beruhigen, sondern einen gleichen oder ähnlichen Gesetzentwurf in der nächsten Session wieder einbringen wird. Bis dahin spielen aber die Gesellschaften auf eigene Rechnung fort, der Gewinnst kommt in ihre eigene Tasche, ohne daß für die Interessen, die wir gerade gewährt wissen wollen, etwas gethan wird. Die Sache ist so erwogen, daß die Regierung auf das Bestimmteste entschlossen ist, nach Ablehnung dieses Gesetzentwurfes die Spielbanken vor der Hand nicht aufzuheben.

Hr. v. Brünneck: Wir haben hier nicht tabula rasa. Es sind Verträge mit Spielpächtern auf uns gekommen, die wir berücksichtigen müssen. Der Herr Minister des Innern hat sehr wohlgethan, dem Beispiele jenes preußischen Offiziers, der bei seinem Einzuge in Ems sofort die dortige Spielbank schloß, nicht zu folgen. Vergegenwärtigen wir uns doch, daß gerade mit Ablehnung des Gesetz-Entwurfes die Fortdauer der Spielbanken erst recht bestätigt wird. Lassen sie der Staatsregierung die Zeit, die sie aus praktischen Rücksichten, die sie nicht von der Hand weisen kann, von Ihnen verlangt hat. Die Gesetzgebung kann sich nicht zur Aufgabe machen, alle Unsittlichkeiten zu berücksichtigen.

Herr Dr. v. Schlieckmann: Es läuft Alles darauf hinaus, ob man die Spielbanken fortbestehen lassen soll, damit die Städte Wiesbaden, Homburg und Ems gewisse Vortheile von ihnen beziehen sollen. Dieser Vortheil der Communen darf aber durchaus nicht so hoch von uns angeschlagen werden, um aus dieser Rücksicht die Fortdauer einer so verwerflichen Institution, wie das Spiel es ist, zu beschließen.

Hr. Camphausen: Wir sollen ja heute eben die Aufhebung des Spieles beschließen, nicht die Fortdauer; diese Aufhebung kann aber erst nach einer gewissen Zeit erfolgen, da mit einem Schlage diese Verhältnisse zu beseitigen unmöglich ist.

Die General-Discussion wird geschlossen. Zu § 1 empfiehlt

Hr. v. Senfft-Pilsach noch einmal sein Amendement: Ich weiß nicht, ob die Verschönerung von Wiesbaden so wichtig ist, daß man um deswillen das Spiel zu dulden hätte. Man kann recht gut mit einem Schlage vorgehen, auch in Aachen ist das seiner Zeit der Fall gewesen.

Der Minister des Innern wiederholt noch einmal, daß mit Herabsetzung der Jahreszahl das Gesetz überhaupt zu Falle gebracht werde.

Herr v. Daniels widerspricht der Behauptung des Herrn v. Brünneck, daß es nicht Aufgabe der Gesetzgebung sei, Unsittlichkeiten zu beseitigen und erinnert an frühere Kleiderordnungen u. dgl.

Herr Graf Lippe: Auch die Interessen der Inhaber von Spielbank-Actien, die gleichfalls in den Händen von Wittwen, Jungfrauen und Waisen sein können, müssen von uns berücksichtigt werden.

Das Amendement v. Daniels wird darauf abgelehnt, desgleichen der Antrag v. Senfft-Pilsach, dagegen wird der § 1 der Regierungs-Vorlage mit überwiegender Majorität angenommen, eben so ohne Debatte die §§ 2 und 3 und demnächst das ganze Gesetz.

Der Minister des Innern verliest darauf die königliche Botschaft, wonach der Landtag am morgigen Tage Nachmittags 2 Uhr geschlossen werden soll.

Der Gesetz-Entwurf, betreffend eine Erweiterung des durch §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 28. September 1866 über den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marine-Verwaltung und die Dotirung des Staatsschatzes eröffneten Credits (Referent Wilckens), sowie der Entwurf, betreffend die Bestimmungen wegen der Wahlen zum Abgeordnetenhause in den neu erworbenen Landestheilen (Referent v. Meding) werden ohne Debatte in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode: Meine Herren! Damit ist unsere Tages-Ordnung erledigt, und nach der königlichen Botschaft, die wir soeben vernommen, glaube ich, mit der heutigen Sitzung die Sitzungen dieser Periode überhaupt schließen zu sollen. Ich möchte dabei noch ein Paar Mittheilungen machen über das, was in dieser Sitzungs-Periode von uns behandelt worden ist. Trotz der Beschränkung unserer Competenz durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes sind uns doch in Folge der Erweiterung des Staatsgebietes so zahlreiche und umfangreiche Vorlagen geworden, wie in wenigen früheren Jahren. Wir haben in dieser Sitzungs-Periode 39 Gesetz-Entwürfen und Verträgen die Zustimmung in beiden Häusern ertheilt. Außerdem haben dem Herrenhause noch verschiedene andere Gesetz-Entwürfe, Nachweisungen und Denkschriften vorgelegen, die von demselben bis auf zwei, welche trotz des anerkennenswerthesten Fleißes der mit der Vorberathung betrauten Commissionen zwar zur Berichterstattung, aber nicht zum Plenum gelangt sind, erledigt wurden, wenngleich zu bedauern ist, daß nicht überall die Uebereinstimmung mit dem anderen Hause erzielt ist. Endlich haben dem Herrenhause noch mehrere Berichte der Geschäftsordnungs- und der Matrikel-Commission vorgelegen.

Bei allen diesen Arbeiten haben wir uns einer zum Theil recht lebhaften und eingehenden Theilnahme von Seiten der Mitglieder aus den neuen Landestheilen der Monarchie zu erfreuen gehabt. Lassen Sie uns hoffen, daß dieselben dadurch zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß das Herrenhaus, wie es einerseits die Mitarbeiter seiner neuen Mitglieder schätzt und werth hält, so auch andererseits den berechtigten Wünschen und Interessen der neuen Landestheile eine entsprechende Würdigung und Berücksichtigung in nicht minderer Weise angedeihen lassen will, wie es bisher dieselbe allen anderen Provinzen hat angedeihen lassen. Vor Allem aber lassen Sie mich den Wunsch aussprechen, daß das Ergebniß unserer Arbeiten dem gesammten Vaterlande zum Heile gedeiht, daß es die Verbindung zwischen den alten und neuen Provinzen befestige und daß die Liebe und Treue zu unserm erhabenen Landesherrn, in welchem die alten Provinzen sich eins fühlen, auch in den Herzen der neuen Provinzen tiefer Wurzel fasse und Wurzel schlage. Wie sonst immer, so lassen Sie uns auch diesmal unsere Arbeiten mit dem Rufe beschließen: Seine Majestät der König, er lebe hoch! und abermals hoch! und immer hoch! (Die Mitglieder erheben sich von ihren Sitzen und stimmen dreimal in den Ruf ein.)

Vicepräsident v. Frankenberg-Ludwigsdorf spricht dem Präsidenten den Dank des Hauses für seine umsichtige Geschäftsleitung aus.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

59. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10½ Uhr. Die Tribünen fast leer, am Ministertisch einige Commissare.

Vor der Tagesordnung erhält das Wort der Abg. Ahlmann: Vorgestern hat der Abg. v. Kardorff in der Motivirung seiner Interpellation von dem Verzicht des Herzogs von Augustenburg gesprochen und gesagt, daß Herzog Friedrich, der dennoch Erbansprüche erhoben, nicht wie ein Gentlemann gehandelt habe. Wir Schleswig-Holsteiner haben geschwiegen, wir haben vermieden hier das Recht und die Pflicht der Theilnahme an diesem hohen Hause zu erörtern. Wenn man uns aber provocirt, wiederholt provocirt, so müssen wir antworten. Die über schleswig-holsteinische Fragen zu sprechen sich getrieben fühlen, sollten sich vorher mit den Thatsachen bekannt machen und vielleicht wäre es immerhin besser, wenn eine so delikate Frage, wie die der legitimen Erbfolge in Schleswig-Holstein hier gänzlich unerörtert bliebe. Die von Herrn v. Kardorff behauptete Thatsache des Verzichtes ist unrichtig, beide contrahirende Theile, die dänische Regierung durch ihren Minister Blume vor dem Reichstage so wie der Herzog von Augustenburg haben in Abrede gestellt, daß ein Verzicht beabsichtigt oder zu Stande gekommen sei und diese beiden müssen doch am besten wissen, wie die Sache liegt. Herzog Friedrich und die Schleswig-Holsteiner waren darüber einig, daß sein Recht das beste sei; die preußische Regierung und das hohe Haus haben dasselbe gesagt. Wir Schleswig-Holsteiner halten unsere Vergangenheit für ehrenvoll und unantastbar und Herzog Friedrich ist mit ihr so eng, so denkwürdig verflochten, daß jede Verunglimpfung desselben die Schleswig-Holsteiner trifft. Wir Abgeordnete aus Schleswig-Holstein glauben in diesem Hause unsere Schuldigkeit gethan zu haben und ich sage in vollkommener Uebereinstimmung mit meinen Collegen der linken Seite und des Centrums, daß wir den ernsten Willen haben, in Zukunft die Rechte und Interessen des preußischen Staates zu vertreten. Wenn man aber die Vergangenheit des schleswig-holsteinischen Volkes oder, was ihm theuer ist, angreift, so werden wir uns widersetzen.

Abg. v. Kardorff: er habe den Erbprinzen von Augustenburg nicht persönlich angegriffen, sondern nur die Aeußerung eines englischen Staatsmannes über ihn citirt, wozu er doch berechtigt sei.

Abg. Ellissen berichtet über Petitionen, betr. das Unterrichtsgesetz und die dem Herrenhause vorgelegten Gesetzentwürfe über Einrichtung der Volksschulen und Pensionirung der Lehrer. Er beantragt ihre Ueberweisung an den Kultusminister zur Kenntnißnahme.

Abg. Bieck wird dafür stimmen, verwahrt sich aber gegen die Angriffe der Petenten auf Regulative und confessionelle Schulen. Unberechtigt sei der Anspruch auf ein Gehalt, das selbst im Minimum noch unerschwinglich sei. Redner bedauert es, daß ein Dotations- und Pensionsgesetz in dieser Session nicht zu Stande gekommen, wendet sich gegen frühere Aeußerungen Harkort's und schließt mit der Aufforderung an die Regierung von ihrer wohlwollenden Sorge für die Volksschulen nicht abzulassen.

Abg. Dr. Paur: Wir wollen die Petitionen der Regierung nur zur Kenntnißnahme überweisen, da wir auf die Materie selbst einzugehen in dieser Session keine Zeit hätten. — Der Antrag wird angenommen.

Abg. Solger berichtet über den Antrag Haenel's auf Erlaß einer neuen Städte-Ordnung für Schleswig-Holstein. Er beantragt: Unter Anerkennung der Dringlichkeit des Erlasses und in Erwägung, daß die Regierung damit beschäftigt ist, den von Haenel eingebrachten Entwurf und die Petitionen aus Kiel und Schleswig der Regierung zu überweisen, in der Erwartung, daß in der nächsten Session der Entwurf vorgelegt werde, und vor dem Erlaß alle präjudiciellen Verwaltungsmaßregeln, welche die Selbstverwaltung der städtischen Gemeinden beeinträchtigen, oder denselben bislang nicht bestehende Verpflichtungen auferlegen, vermieden werden.

Referent betont, daß die gesetzliche Regelung der Städteordnung für Schleswig-Holstein eines der dringendsten Bedürfnisse jener Provinz sei. Auch die Staatsregierung habe das in der Commission anerkannt und für die nächste Session eine entsprechende Vorlage in Aussicht gestellt, nachdem dieselbe vielleicht vorher dem schleswig-holsteinschen Provinzial-Landtage zur Begutachtung vorgelegt wäre.

Abg. Parisius: Der Antrag würde der Regierung eine zu weitgehende Befugniß einräumen, namentlich dürfe in der Zusammensetzung der Magistrats-Collegien keine dauernd die Commune belastende Ernennung getroffen werden.

Regierungs-Commissar Ribbeck: Die Regierung wird in der nächsten Session eine Vorlage machen und inzwischen keine dauernden Einrichtungen und Ernennungen vornehmen. Wenn jetzt Verhandlungen mit den Communen eingeleitet sind, so geschah das, um durch freie Vereinbarung gewisse Zustände interimistisch zu reguliren, die ohne vollständige Lahmlegung der Communal-Verwaltung und ohne große Kosten nicht mehr ein ganzes Jahr in der bisherigen Lage verbleiben konnten. Diesen Verhandlungen liegen zum Theil dringende Petitionen zahlreicher Communen zu Grunde.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

Der Minister des Innern verliest darauf eine königliche Botschaft, wonach der Landtag morgen 2 Uhr Nachmittags im weißen Saale geschlossen wird. (d. d. 28. Februar.)

Ref. Lette berichtet über den Antrag Bening: die Regierung aufzufordern, die Gesetzgebung betr. die Bauerhöfe in Hannover im Sinne größerer Verfügungsfreiheit der Hofbesitzer zu beschleunigen, jedenfalls aber bald den Entwurf zu einem vorläufigen Gesetze vorzulegen, dahin gehend, daß über Gesuche um Theilung oder Vereinigung von Bauerhöfen in erster Instanz durch die Aemter zu entscheiden sei, und eine Einwirkung der Verwaltung bei Verträgen über Hofannahmen, Ehestiftungen u. s. w. hinsichtlich der durch Ablösung frei gewordenen Höfe und eine Bestätigung solcher Verträge nicht mehr stattfinden sollen.

Referent empfiehlt, den Antrag der Regierung zur Berücksichtigung in der Erwartung zu überweisen, daß in der nächsten Session ein definitiver Gesetzentwurf vorgelegt werde.

Abg. Buddeberg weist im Interesse der Sache auf die bereits vorhandenen Vorarbeiten der vormaligen hannoverschen Regierung hin.

Ein Reg.-Commissar erklärt, daß die Regierung diese Vorarbeiten aufgenommen und weiter geführt habe. Es sei ihr dringender Wunsch, möglichst bald mit einer umfassenden Gesetzesvorlage vor den Landtag zu treten, bei den vielen Schwierigkeiten könne sie aber eine formelle Verpflichtung für die nächste Session nicht übernehmen.

Abg. Windthorst (Meppen) wünscht, daß man der Regierung nicht eine allzukurze Frist setze, weil vorher der Provinzial-Landtag gehört werden müsse.

Abg. v. Bening: Mein Antrag will die Vorlage nur möglichst beschleunigen; darauf, daß sie bereits in der nächsten Session gemacht werde, lege ich kein besonderes Gewicht, da jedenfalls der Provinzial-Landtag Hannovers vorher gehört werden muß. Möge man daher in dem Antrage des Referenten statt „in der nächsten Session" die Worte „möglichst bald" setzen. — Referent bedauert, daß Minister von Selchow nicht im Hause ist, von dem eine genauere Kenntniß der hannöverschen Verhältnisse zu erwarten sei, als von seinem Commissar. — Regierungs-Commissar erklärt, daß er sich durch diese Worte persönlich nicht tangirt fühle, da er hier nur die Erklärung abzugeben habe, die die Regierung für angemessen halte.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

Folgt die Schlußberathung über den Antrag Richter (Sangerhausen). die Regierung aufzufordern: Die Aufhebung des Verbots an die evangeli-

schen Geistlichen, gerichtlich geschiedene Ehegatten zu trauen (Cabinetsordre vom 8. Juni 1857) baldigst herbeizuführen.

Referent v. Lingenthal beantragt Ablehnung, Correferent Twesten Annahme des Antrags.

Abg. Richter: Ohne eingehende Discussion würde die Beschlußfassung keine genügende Basis haben. Er bedaure, daß sein Antrag, der bereits am 10. December v. J. eingebracht worden, erst jetzt in der letzten Stunde der Session zur Verhandlung kommt. Da die Zeit nicht mehr ausreicht, so bitte er, den Antrag von der Tagesordnung abzusetzen.

Der Präsident verwahrt sich gegen einen Vorwurf, der in den Worten des Redners gegen das Präsidium etwa gefunden werden könnte. Jeder Abgeordnete habe das Recht, bei Festsetzung der Tagesordnung Einspruch zu erheben, und so habe auch der Abg. Richter auf eine frühere Behandlung seines Antrages dringen können.

Nach der Erklärung des Abg. Richter, daß ihm ein Vorwurf gegen das Präsidium fern gelegen habe, wird sein Antrag von der Tagesordnung abgesetzt.

Folgt der Bericht der Budget-Commission über den Vertrag mit dem vormaligen Kurfürsten von Hessen. Ein Antrag der Commission liege nicht vor, dagegen folgende Resolution Virchow's: Das Haus wolle erklären: Jede definitive Verfügung bezüglich des kurfürstlich hessischen Familien-Fideicommisses bedarf der Zustimmung des preußischen Landtages.

Der Regierungs-Commissar Wollny bittet, diesen Antrag abzulehnen. Die rechtliche Frage über das hessische Fideicommißvermögen sei controvers und werde wahrscheinlich zur richterlichen Entscheidung gebracht werden. Es liege deshalb nicht im Interesse der Regierung, die Gründe pro und contra hier im Hause verhandeln zu lassen und dadurch ihren Gegnern vielleicht verstärkte Waffen in die Hände zu liefern. Es sei nicht geeignet, daß das Haus Aussprüche über Rechtsfragen thue, deren Entscheidung auf richterlichem Gebiete liege. Man möge der Regierung das Vertrauen schenken, daß sie dem Hause gegenüber jedenfalls die Schranken innehalten werde, die ihr durch Gesetz und Verfassung gezogen seien.

Abg. v. Hoverbeck empfiehlt die Resolution, durch deren Annahme der Rechtsfrage in keiner Weise präjudizirt werde.

Abg. Stavenhagen: Die Erklärungen, die die Regierung heute gegeben hat, weichen von den in der Commission gemachten ab. Wenn die Regierung in dieser Frage den Rechtsweg zu beschreiten beabsichtigt, so haben wir darüber Nichts zu sagen.

Abg. Lasker erklärt sich mit v. Hoverbeck für die Resolution, da die Regierung natürlich an eine Zustimmung des Landtages nur so weit gebunden werden könne, als ihre eigenen Befugnisse reichen.

Die Resolution wird mit geringer Majorität abgelehnt.

Es folgen Berichte der Commissionen für Agrarverhältnisse und Unterrichtswesen, über Petitionen, die sämmtlich nach den Vorschlägen der Referenten erledigt werden.

Abg. v. Hoverbeck berichtet für die Budgetcommission über die Petition des Lehrers Mann zu Heiligenbeil um Bewilligung einer Summe von 100,000 Thalern zur Unterstützung der Lehrer in Ostpreußen. Die Commission ist nicht so weit gegangen, die Summe fest normiren zu wollen, da es dazu vorher genauer Erhebungen bedarf. Die Regierung selbst hat zugegeben, daß die ausgesetzten 25,000 Thlr. nicht ausreichen, und sich nach den erforderlichen Ermittelungen eine Erhöhung der Summe vorbehalten. Die Commission empfiehlt einstimmig in Uebereinstimmung mit der Regierung ihr die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen mit der Aufforderung, die schon für diesen Zweck bewilligte Summe von 25,000 Thlrn. dem Bedürfnisse angemessen zu erhöhen.

Nach einer kurzen Discussion, in welcher die Abgeordneten v. Bunsen, v. Patow und Kosch die Annahme des Antrages warm empfehlen, tritt das Haus ihm mit großer Majorität bei.

Die Vertreter der Niederschlesischen Montan-Industrie, Brade und Gen., fordern die Regierung auf, die Oberschlesische Eisenbahn-Gesellschaft zum Bau der Bahn von Neisse nach Frankenstein und Glatz und sogar bis zur Landesgrenze nur unter der Bedingung zu verstatten, daß die concessionirte Gesellschaft auf diesen Strecken den von Nieder-Schlesien und der Grafschaft Glatz herkommenden Producten gleiche Tarife wie den Oberschlesischen einräumt; eventualiter den Bau der Schlesischen Gebirgsbahn über Waldenburg und Glatz hinaus auf Staatskosten baldigst auszuführen, und den Bau der Bahn von Neisse nach Frankenstein-Glatz-Mittelwalde nicht der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellsch ft zu gestatten.

Der Antrag der Commission geht auf Tagesordnung.

Abg. Twesten für Ueberweisung an die Regierung, da der Bau der genannten Bahn im allgemeinen wie im localen Interesse liege.

Reg.-Commissar Heise erklärt, daß der Staat nur dann baue, wenn ein geeigneter Privatunternehmer nicht zu finden sei. An einem solchen fehle es für Frankenstein-Glatz-Mittelwalde-Wildenschwert nicht, und verhandle die Regierung insbesondere mit der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft. Es werde auf die Interessen der Niederschlesischen Montan-Industrie Bedacht genommen werden, damit ihre Kohle nicht durch Tarifmaßregeln von ihrem Absatzgebiete verdrängt und ihr die Concurrenzfähigkeit mit der Oberschlesischen abgeschnitten werde.

Nach längerer Discussion, in welcher die Abgg. Thilo und v. Unruh für den Antrag des Abg. Twesten, die Abgg. Faucher und v. Richthofen-Jauer, so wie der Referent Abg. Graf Renard für den Commissionsantrag eintreten, beschließt das Haus Tagesordnung.

Endlich folgt der Bericht der Justizcommission über 8 Petitionen um Aufhebung der Schuldhaft.

Der Referent Abg. Müller-Solingen motivirt den Antrag der Commission, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, weil das Bedürfniß einer durchgreifenden Reform der Gesetzgebung über die Schuldhaft von dem Reichstage des norddeutschen Bundes anerkannt und insbesondere in dessen Sitzung vom 12. October v. J. bereits beschlossen ist, die Bundesregierung zu ersuchen, baldmöglichst ein Gesetz wegen Beseitigung der Schuldhaft vorzulegen, es sich aber bei dieser Lage der Sache nicht empfiehlt, daß die preußische Gesetzgebung den nämlichen Gegenstand zu gleicher Zeit und zu gleichem Zwecke in Angriff nehme.

Abg. Graf Eulenburg hofft, daß die Frage von dem Reichstage in dem Sinne gelöst werden möge, in dem sie nach dem denkwürdigen Vorgange Frankreichs einzig und allein gelöst werden könne. Durch Aufhebung der Schuldhaft müsse endlich ein Makel unserer Gesetzgebung beseitigt werden, der lange genug auf derselben geruht. (Beifall.) — Der Commissions-Antrag wird fast einstimmig angenommen.

Schluß 3¼ Uhr. Der Präsident fordert auf, zur letzten (60.) Sitzung morgen 10 Uhr recht zahlreich zu erscheinen. (Heiterkeit.) Tagesordnung: Petitionsberichte u. s. w.

Berlin, 28. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Obersten z. D. und Landgestüt-Director a. D. v. Eschstruth in Kassel den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Kaufmann Carl Wilhelm August Lahayn und dem Hof-Handschuhfabrikanten Osterloff, beide zu Berlin, so wie dem Apotheken-Besitzer Johann Heinrich Weinhold Schulz zu Eitorf im Siegkreise den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, und dem Schulzen Neuenfeldt zu Nassow im Kreise Fürstenthum die Rettungs-Medaille am Bande verliehen; den evangelischen Pfarrer Carl Niemann in Mark zum Consistorial-Rathe und Mitgliede des Consistoriums der Provinz Westfalen ernannt; dem Kreis-Physikus Dr. Rosenthal zu Rosenberg OS. den Charakter als Sanitäts-Rath; ferner dem Berg-Assessor Baeumler zu Bochum, den Bergmeistern, Berg-Assessoren Brassert zu Osnabrück und v. Sparre zu Oberhausen, und dem Bergmeister Hilgenstock zu Bochum den Charakter als Berg-Rath; so wie dem Kreisgerichts-Secretär v. Studniarski in Posen den Charakter als Kanzleirath verliehen.

Der Baumeister Wollanke zu Saarbrücken ist zum Königl. Eisenbahn-Baumeister ernannt und als solcher bei der Saarbrücker Eisenbahn angestellt worden. — Der Kreisrichter Franz in Naugard ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Soldin und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. O., mit Anweisung seines Wohnsitzes in Berlinchen, ernannt worden. — Der Gerichts-Assessor Horch in Wernigerode ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Zielenzig und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. O. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Drossen ernannt worden.

Berlin, 28. Febr. [Se. Majestät der König] empfingen heute Vormittag den Minister des Innern Grafen zu Eulenburg und den Polizei-Präsidenten von Wurmb und nahmen um 11 Uhr militärische Meldungen entgegen.

Um 12 Uhr empfingen Se. Majestät in Gemeinschaft mit Ihrer Majestät der Königin die Deputation des russischen Infanterie-Regiments Kaluga Nr. 5, welche sich nach ihrer Garnison zurückbegiebt, zur Abschieds-Audienz, nachdem dieselbe gestern noch zum Diner und zur musikalischen Soiree bei Ihren Majestäten geladen worden war.

Bei den königlichen Majestäten fand gestern ein Diner und Abends eine musikalische Soirée statt, in welcher die königliche Sängerin Frau Lucca, sowie die Herren Woworsky, Lefort und der Kapellmeister Taubert mitwirkten.

[Se. königl. Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Vormittag den General-Major und Chef des Ingenieur-Corps ꝛc. von Kameke, den Major im Kriegs-Ministerium, Schulz, und den Cabinets-Rath des Fürsten von Rumänien, Friedländer. Abends erschien Seine königliche Hoheit in der Soirée Ihrer Majestät der Königin; Allerhöchstdieselbe hatte um 3 Uhr einen Besuch im kronprinzlichen Palais abgestattet. (St.-A.)

= **Berlin,** 28. Febr. [Die Landtagssession] ist zu Ende, wenn auch der officielle Schluß erst morgen Mittag erfolgt. Es war eine der anstrengendsten, wenn auch nicht inhaltreichsten Sessionen; der Abg. Twesten hatte mit seiner jüngsten Aeußerung nicht Unrecht; diese Session war eine Finanzsession. Die Hauptschwierigkeit lag in dem beginnenden Zusammenwirken der Abgeordneten aus den alten und neuen Provinzen, in der Zusammengewöhnung fremdartiger Elemente und der Versöhnung von Gegensätzen, welche man oft im Saale, wie in den Fractionen dicht neben einander sitzend fand. Diese Aufgabe war sicher nicht leicht zu lösen, und wenn sie gelöst ist, so hat auch jetzt wieder das Hauptverdienst darum der Präsident v. Forckenbeck, der, abgesehen von der rastlosen Thätigkeit, die er im Hause entwickelte, viel gethan hat, was dem größeren Publikum unbemerkt blieb und dennoch von hervorragender Bedeutung für das Zustandekommen der wichtigsten Resultate der Session geworden ist. Von dem bedeutenden Material, welches dem Abgeordnetenhause vorlag, ist nur der kleinste Theil unerledigt geblieben. Dazu gehören das Gesetz über die Anstellung im höheren Justizdienste und die erst am Montag eingebrachte Vorlage über die Eintheilung der Wahlbezirke. Die Besorgniß, daß das Gesetz über die Spielbanken noch an das Abgeordnetenhaus zurückgelangen würde, ist unerfüllt geblieben; es hieß, die Regierung habe es zurückziehen wollen, wie weit das richtig ist, muß dahingestellt bleiben.

♂ [Die Thronrede.] Der Minister Graf Eulenburg hat heute Audienz beim Könige gehabt; der Vortrag dürfte sich auf den Schluß der Landtagssession und die Spielbank-Angelegenheit bezogen haben. Es ist nun auch gewiß, daß der Schluß morgen um 2 Uhr stattfinden wird, und vermuthet man, daß die Thronrede sich im Ganzen kurz halten und mehr einen geschäftlichen Charakter an sich tragen wird. Dabei wird aber allem Vermuthen nach der König Veranlassung nehmen, dem Landtage für sein Entgegenkommen in vielen Punkten seinen Dank auszusprechen und darf man diese Anerkennung schon deshalb voraussetzen, weil der Entschluß des Königs, die Abschiedsrede selbst zu halten, auf eine durchaus freundliche Gesinnung der Landesvertretung gegenüber hindeutet.

♂ [Die Reform der Verwaltung.] Die Mittheilungen verschiedener Blätter über Vorberathungen wegen Reformen der Verwaltungsorganisationen sind durchschnittlich irrthümlich. Es ist daran festzuhalten, daß die Grundlage, wie der Minister neulich auch ausgesprochen hat, durch vertrauliche Berathungen zwischen den Organen der Regierung und Vertrauensmännern aller Parteien und Provinzen gewonnen werden soll. Die anderweitige Mittheilung von commissarischen Berathungen der Vertreter verschiedener Ministerien ist nicht begründet. Die vom Minister des Inneren angekündigten vertraulichen Berathungen haben noch nicht stattgefunden, sind aber für die Zeit des Zollparlaments in Aussicht genommen, wo ja auch die notablen Vertreter aller Provinzen als Mitglieder des Reichstages oder Zollparlamentes hier anwesend sein werden und sich also Gelegenheit bieten wird, mit ihnen die Verhandlungen zu führen, welche den Reformen der Verwaltung den Weg bahnen sollen.

♂ [Dementi.] Das Gerücht, als ob der G.-R.-R. Noah, der Decernent im Ministerium des Inneren in Versicherungs-Angelegenheiten, aus Gesundheitsrücksichten seine Stelle niederlegen werde, ist nicht begründet, er hat auch gar keine solche Absicht kund gegeben, es ist auch nicht wahrscheinlich, da sein Gesundheitszustand sich in letzter Zeit wesentlich günstig gestaltet hat.

♂ [Das Polizei-Präsidium in Königsberg.] Es bestätigt sich, daß der Landrath Pilgrim die Verwaltung des Polizei-Präsidiums in Königsberg übernehmen wird.

♂ [Die im Herbst v. J. in Oberschlesien ausgebrochene Rinderpest] hat nach einem amtlichen Bericht einen Rindviehverlust von 1406 Stück im Werthe von 41,112 Thlrn. herbeigeführt, was bei einem Rindviehstand der inficirten Orte von 12,610 Stück 11 pCt. beträgt. Die Krankheit war in einer Ausdehnung zum Ausbruch gekommen, wie das seit länger als einem halben Jahrhundert nicht der Fall gewesen ist. Sie grassirte in 127 Gehöften der Kreise Ratibor, Leobschütz, Cosel, Pleß und Rybnik. Am stärksten war der Kreis Ratibor betroffen, wo in 27 Ortschaften 79 Gehöfte von der Seuche heimgesucht wurden. Zum Abschluß der inficirten Ortschaften und Gehöfte von dem Verkehr nach außerhalb wurden 15 Bataillone und mehrere Schwadronen verwendet. Die durch die Unterdrückung der Pest hervorgerufenen Kosten haben über 25,000 Thlr. betragen. Nur ein Minimum der verlorenen Thiere war an der Krankheit gestorben, die sehr große Mehrheit wurde als pestverdächtig oder in inficirten Ställen befindlich nach den Bestimmungen der preußischen Rindviehpestgesetzgebung getödtet. Der Erfolg der getroffenen Maßregeln ist nicht ausgeblieben; es war möglich, die Krankheit auf ihren Herd zu beschränken und es ist kein Fall vorgekommen, daß sie von einer preußischen Ortschaft, wo die Pest constatirt war, weiter geschleppt worden wäre. Die Pest ist von der nahen österreichischen Grenze durch eingeschmuggeltes krankes oder doch bereits inficirtes Vieh in die Ortschaften Oberschlesiens gebracht worden.

Kiel, 28. Febr. [Marine.] Nach hier eingegangener Meldung ist das preußische Kriegsschiff „Medusa" am 22. d. von Smyrna in Alexandrien eingetroffen.

Hamburg, 28. Febr. [Leibnitz.] Nach einer hiesigen Meldung ist das Schiff „Leibnitz" bereits am 15. d. Morgens mit completer Ladung von New-York wieder nach Europa abgesegelt.

W. **München,** 26. Febr. [Die Zollparlamentswahlen in Baden und Würtemberg. — Minister v. Pechmann †. — Zollparlaments-Almanachliches. — Sophie Schröder †.] „Gott hat geholfen!" jubeln unsere Schwarzen über den Ausfall der badischen Wahlen zum Zollparlament. Nun, der Gott, welcher die ultramontanen Wahlsiege herbeiführt, ist ein gar bedenklicher Gott, der es mit der Moral nicht immer genau nimmt; aber allen Ernstes, man möchte an Wunder glauben, wenn man in dem Musterlande des deutschen Liberalismus, in dem „durch- und unterwühlten Baden", der Heimath der Itzstein, Welcker, Hecker — aus dem freisinnigsten Wahlgesetze eine ultramontan-pietistische Majorität hervorgeben sieht. Majorität? In norddeutschen Blättern finde ich eine Depesche, derzufolge die Nationalen 6, die Ultramontanen 5 Candidaten durchgesetzt hätten. Nach Würtemberg und Baiern, wo die Persönlichkeiten besser bekannt sind, wagt man nicht, derartige Telegramme zu senden. Das süddeutsche Correspondenz-Bureau hat seit der ersten falschen Jubelnachrichten keine Depeschen aus Karlsruhe mehr erhalten. Die Wahrheit ist: die Nationalen haben 5, die Ultramontanen bis jetzt 4 und mit den engeren Wahlen 6, die Pietisten 2 Siege, und der eine Gewählte, Herth, ist von allen Parteien aufgestellt. Also 8 Gegner, 5 Anhänger Preußens, und unter letzteren einer — wenn nicht zwei — gegen den Eintritt in den norddeutschen Bund. Kiersner, der Präsident der zweiten Kammer, Kiefer, der Führer der nationalen Partei, Eckhardt, der Förderer der Civilehe, Kölln, der leidenschaftliche Preußenfreund, Lamey, sie sind durchgefallen, letzterer zweimal. Dagegen ist der Exultramontane Lindau zwei Mal gewählt. Das ist die Folge der Niederschlagung des neunundvierziger Aufstandes für die Reichsverfassung durch Preußen. Die tüchtigsten Liberalen wurden aus dem Lande vertrieben, Hecker weilt in Amerika. Die Reaction aber bemächtigte sich unter dem Schutze preußischer Bajonette der Schule und Kirche und zog die Generation heran, welche jetzt den Ausschlag für die ultramontanen und pietistischen Siege gegeben hat. Es rächt sich Alles hienieden. — In Würtemberg sind, nach einer aus sachkundiger Feder stammenden Uebersicht, die Wahlen folgender Candidaten gesichert: 1) Regierungs-Partei: Mittnacht, Varnbüler, Weber (Präsident der zweiten Kammer), Werner; 2) Volkspartei; Probst und Oesterlen; 3) Anschlußpartei: Goppelt. Wahrscheinlich sind noch die Wahlen der Anschlußmänner Römer und Reyscher, der Particularisten Mohl, Schäffle und Oeffner. Das steht heute schon fest, daß unter den 18 Deputirten sich höchstens 6 Preußenfreundliche befinden werden. — Um das Unsterbliche Fausts ist kein heftigerer Kampf entbrannt, als er jetzt über den todten Minister v. Pechmann geführt wird. Welcher Partei hat er angehört? Jede Partei reclamirt ihn für sich, und keine hat ganz Unrecht. Der „Volksbote", der Berserker unter den Schwarzen, behauptet gar, die „Süddeutsche Presse" habe den Hingeschiedenen durch ihren unsinnigen Leitartikel über das Wahlergebniß gemordet, und das, am nächsten Tage Hrn. Fröbel ertheilte ministerielle Dementi habe den Todten nicht wieder erwecken können. Etwas Wahres ist daran, denn in der innersten Seele war Pechmann Reaktionär und die scheinbar fortschrittlichen Neigungen seines Collegen Hohenlohe mußten ihn tief kränken. Unser armer König ist schlimm daran! Mitten in den Vorbereitungen für Wagners Meistersinger von Nürnberg die Regierungssorge um Beschaffung eines neuen Ministers, und dabei bestürmen alle Parteien den Monarchen um einen Mann ihrer Farbe. „Ach, Regieren ist so schwer!" Nun, Großvater stirbt ja bald, dann lassen wir uns pensioniren und werden in unserem Komödienspiel nicht mehr durch das Unterschreiben von Cabinetsordres gestört. — Hirth will einen Zollvereins-Parlaments-Almanach herausgeben und hat sein Circular um das curriculum vitae auch den baierischen Candidaten zugesandt. Einer der Becirculirten hat, außer Tauf- und Impfschein, noch die Schulzeugnisse eingesandt. Letzteres ist bei dem durchschnittlichen Bildungsgrade unserer Deputirten nicht so überflüssig. Hat doch erst dieser Tage der ministeriell-gesinnte Abgeordnete Joseph Wagner eine Erklärung in einem Style veröffentlicht, dessen sich Karlchen Mießnik in die Seele hinein schämen würde. Nimmt man die drei Journalisten Kolb, Marq. Barth und Jörg, aus, so bleibt blutwenig Bildung in unseren Kammern übrig. — Für Kunstfreunde die Nachricht, daß gestern Vormittag hier Sophie Schröder, die unerreichte Schauspielerin, im Alter von 87 Jahren gestorben ist.

Oesterreich.

Wien, 28. Febr. [Staatsbahn.] In der Woche vom 19. bis 25. Februar betrugen die Einnahmen der österreichisch-französischen Staatsbahn 644,291 Fl.; gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres stellt sich mithin eine Mehreinnahme von 278,658 Fl. heraus.

Pest, 27. Februar. [Verurtheilung.] Der Redacteur des „Magyar Ujsag", Ladislaus v. Böszörmenyi, ist wegen der Mittheilung des Kossuth'schen Briefes an die Wähler von Waiszen in contumaciam zu einem Jahr Gefängniß und 1000 Gulden Geldstrafe verurtheilt worden.

Rußland.

⌗ **St. Petersburg,** 24. (12.) Febr. [Der Nothstand. — Die Stimmung der officiellen Presse. — Minister Walujew und seine Berichte. — Die Philipponen] Der Nothstand hat eine so furchtbare Höhe erreicht, daß trotz des gewohnheitsmäßigen Carnevals-Jubels (der sog. Maßlinizer Butterwoche) thatsächlich von nichts als den Hungersgefahren die Rede ist. Berichte über Mangel an Lebensmitteln und Saatkörner sind aus nunmehr 19 verschiedenen Gouvernements eingelaufen. „Zur Linderung der Hungersnoth", so hieß es neuerdings in der „St. P. Z.", „sind etwa 15 Millionen Silberrubel nöthig, und selbst wenn diese beschafft werden, kann von Beseitigung der Gefahren für die Zukunft noch nicht die Rede sein. Es müßten immer noch besondere Maßnahmen behufs Beschaffung des nöthigen Saatkornes getroffen werden, an welches im Jammer des Augenblicks doch noch nirgend gedacht wird." Aus dem Gouvernement Orel, das für eine der reichsten und fruchtbarsten Centralprovinzen gilt, wird der „Moskwa" gemeldet, es seien weder Roggen noch Gerste, weder Hafer noch Hanf übrig und die Bauern hätten sich seit Wochen ausschließlich von elenden Hanfkuchen genährt. — Daß unter solchen Umständen an eine wirksame Abhilfe in allen hungernden Reichstheilen nicht gedacht werden kann, liegt auf der Hand; haben die bisher angestellten Sammlungen in den beiden Residenzen doch kaum eine halbe Million Rubel erreicht. An allen Orten von Bedeutung, in Riga, Reval, Helsingfors, Archangel, Warschau u. s. w. wird unermüdlich gesammelt und doch verlautet noch nirgends etwas von Linderung der bittersten Noth. Man hat nach Finnland 40,000 Rubel, nach Nowgorod 6000, in zehn andere Gouvernements je 10,000 Rubel gesandt und muß sich doch sagen, daß diese mühsam aufgebrachten Summen kaum in Betracht kommen. Selbstverständlich geht auch der Staat schweren Einbußen entgegen; in einem großen Theile des Reiches ist auch nicht entfernt an Erhebung der Kopfsteuer (der wichtigsten aller directen Abgaben) zu denken, da dieselbe blos auf den niederen Klassen lastet und gleichzeitig sind die indirecten Steuern, namentlich die Branntweinaccisen, in fortwährendem Rückgange begriffen. Nichtsdestoweniger versucht die „Mosk. Ztg." ihre frühere stolze Sprache fortzuführen und die Ansicht zu vertreten, der Nothstand sei nicht so gefährlich und könne bewältigt werden. Der Nationalpartei ist offenbar daran gelegen, die Dehors zu wahren und Rußlands drohende Haltung gegenüber der Türkei nicht aufzugeben. Anders steht es mit dem officiösen „Invaliden", dessen Kriegslust entschieden in Abnahme begriffen ist und der die Bemerkungen der „Kreuzzeitung" über die Unwahrheit der Rußland zur Last gelegten Agitationen an der Donau und am Bosporus, mit einer Dankbarkeit registrirt hat, die ihm sonst nicht eigenthümlich zu sein pflegt. — Die von verschiedenen Ihrer preußischen Blätter verbreitete Nachricht, es stehe ein Ministerwechsel bevor und Herr Walujew, der Minister des Innern, sei wegen verspäteter Berichterstattung über den ungünstigen Ausfall der Ernten mit Verlust seines Amtes bedroht worden, entbehrt allen Grundes. Daß die officiellen Erntenachrichten vollständig werthlos sind und sein müssen, weiß man nirgend genauer als an maßgebender Stelle; werden dieselben doch in der Regel zusammengestellt, ehe das Korn eingebracht ist und die Drescharbeiten (welche sich bei dem Mangel an Maschinen durch den ganzen Winter ziehen) auch nur begonnen worden sind. Die Hauptberichte über den Zustand der Provinzen laufen vorschriftsmäßig erst zwischen dem 1. Januar und dem 1. März ein und sind nicht an den Minister, sondern direct an den Kaiser gerichtet. Damit ist keineswegs ausgeschlossen, daß Herrn Walujew mangelnde Voraussicht zur Last gelegt werde — zwischen diesem Vorwurf und einer Ungnade liegt in Rußland aber noch ein weiter Weg. — Ein gewisses Aufsehen hat es erregt, daß die Nachkommen einer vor zwei Jahrhunderten nach Preußen ausgewanderten, hart verfolgten altgläubigen Sectirergesellschaft, neuerdings ihre Vereini-

gung mit der orthodoxen Kirche angezeigt und die Erlaubniß zur Uebersiedelung nach Polen nachgesucht und erhalten haben. Es sind das die im Regierungsbezirk Gumbinnen angesiedelten sog. Philipponen; von 1200 Gliedern dieser Gemeinde sind etwa 200 der reichsten und angesehenen in das benachbarte Gouvernement Suwalki übergesiedelt und vom Kaiser mit Grundstücken beschenkt worden.

Amerika.

Newyork. [Die Correspondenz zwischen dem Präsidenten und dem General Grant] ist von zu großer Bedeutung und wird zu wichtige Folgen nach sich ziehen, als daß wir uns nicht noch etwas näher damit befassen sollten. Die „New. Handelsztg.“, welche an der Ansicht festhält, daß die vorliegende Controverse mit der nächsten Präsidentenwahl in unmittelbarer Verbindung steht, bemerkt:

Der Zweck des Herrn Johnson und derer, die mit ihm einverstanden sind, ist, den General Grant, welchen sie als Candidaten der republikanischen Partei betrachten, bei der Nation zu discreditiren. Den Anfang zu dieser Intrigue bildete schon seine Ernennung zum provisorischen Kriegsminister, wodurch er in eine schiefe Lage versetzt wurde. Mit einem kräftigen Ruck hat er jetzt das Netz zerrissen, und dafür wird er der Wortbrüchigkeit bezüchtigt.

Nachdem Grant, wie es seine Pflicht war, das Kriegsministerium wieder an Stanton übergeben, beauftragte Johnson ihn mündlich, den Befehlen desselben keine Folge zu leisten, wenn er nicht wüßte, daß sie von ihm selbst kämen, also, da der Präsident jede Verbindung mit dem ihm verhaßten Minister vermeidet, die Autorität desselben zu ignoriren. Grant forderte ihn auf, ihm dies schriftlich zu geben, mit dem Bemerken, durch bittere Erfahrungen sei er kopfscheu geworden, nur an einem geschriebenen Worte lasse sich nicht herumdeuteln, und er müsse sich decken. Johnson willfahrt dem an ihn gestellten Verlangen, und Grant antwortete ihm: „So lange Sie Herrn Stanton nicht seiner Autorität entkleiden, so lange derselbe Kriegsminister ist, muß ich die von ihm erlassenen Befehle als von Ihnen ausgegangen betrachten und mich danach richten.“ Das ist eine correcte Antwort. Handelte Grant anders, so würde das Kriegsdepartement total ins Stocken gerathen, und es war eben nicht hübsch von Herrn Johnson, den directen Gesetzesbruch, zu welchem es ihm selbst an Muth gebrach, dem General zuzumuthen.

Auf die Vorstelluugen Grants antwortete Johnson, Ersterer sei ihm gegenüber die Verpflichtung eingegangen, der Entscheidung des Senates keine Folge zu leisten, also dem Gesetz zu widerstehen und sich einer Zuchthausstrafe von zehn Jahren und einer hohen Geldbuße auszusetzen. Grant antwortete ihm, das sei nicht wahr, er habe ihm direkt erklärt, was er nach seiner Ansicht thun müsse und werde. Johnson beruft sich auf das Zeugniß seiner Minister, in deren Gegenwart Grant das Versprechen zugegeben haben soll. Grant antwortete, er könne nicht glauben, daß die Minister sich zur Bescheinigung einer groben Unwahrheit hergeben würden. Um den Präsidenten nicht vor seinem Cabinet direkt der Lüge zu zeihen, habe er die Möglichkeit zugegeben, daß er, der Präsident, ihn so verstanden haben könne, wie er's behaupte, aber damit werde die Sache nicht geändert. Dem, welcher die Charaktere kenn, muß nun das Verhältniß ziemlich klar sein. Daß Grant, der Schweigsame, der Dialektik eines professionellen Politikers nicht gewachsen sein kann, liegt auf der Hand. Johnson ließ ihn rufen, um ihn in Gegenwart der Minister auf's Glatteis zu führen, und es läßt sich denken, wie er ihn dermaßen in Grund und Boden geschwatzt, daß es dem Arglosen wie ein Mühlrad im Kopf herumging, und er am Ende selbst nicht mehr wußte, wie er daran war. Was die Hauptsache betrifft, so erscheint es von vorn herein als eine Unmöglichkeit, daß Grant bei seinen auch dem Präsidenten bekannten Sympathieen die Verpflichtung übernommen haben sollte, sich für die zweideutigen Zwecke desselben als Werkzeug herzugeben. Er sagt ihm rund heraus, daß er das Kriegsministerium nur interimistisch übernommen, um zu verhindern, daß Herr Johnson eines seiner Werkzeuge mit demselben betraue, und daß er ihm hieraus nie ein Hehl gemacht. Daß dies die Wahrheit ist, ergiebt sich aus seinem Protest gegen die Entlassung Stantons. Der Präsident behauptet also das, was unmöglich ist. Zu welchem Schlusse Grant gekommen, haben wir schon früher berichtet. Kaum hat Herr Johnson je zuvor in einem so unvortheilhaften Lichte dagestanden, und die Zeugnisse seiner Minister, auf die er sich beruft, dienen zur Verschlimmerung seiner Sache, indem sie ihm zum Theil direkt wiedersprechen. Geht Grant seinem Vorgesetzten gegenüber vielleicht etwas zu weit, so muß zugestanden werden, daß auch der Präsident sich Dinge erlaubt hat, die ihm in seiner Stellung nicht zukommen, und daß es Situationen giebt, in welchen selbst die stumme Disciplin aufhört, eine Tugend zu sein. Der Präsident, mit seinen Plänen an der Gewissenhaftigkeit eines Ehrenmannes gescheitert, läßt in seiner Wuth Zeitungscorrespondenten zu sich kommen und diktirt ihnen Artikel, welche den General als einen Lügner und Wortbrüchigen denunciren. Grant konnte seinen Obern füglich nicht fordern, und da kann man's ihm gewiß nicht verwehren, demselben wenigstens die nackte Wahrheit an den Kopf zu werfen. Dem Volke liegt es jetzt ob, zu urtheilen. Es kennt Johnson und es kennt Grant. Bedauern muß man, daß in den Regierungskreisen ein Zwiespalt obwaltet, der keine Versöhnung zuläßt und auf die Geschäfte nicht ersprießlich wirken kann; ein Trost aber liegt in dem Gedanken, daß der Vortheil sich auf der rechten Seite befindet und der Unheilstifter so gut wie machtlos ist.

Das Repräsentantenhaus hat die unerquickliche Sache dem Reconstructionsausschuß überwiesen, welcher gründliche Untersuchungen über die sich ergebenden Verhältnisse anstellen wird. Es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß der Präsident, indem er Grant zum Widerstand gegen das Gesetz aufforderte, sich einer Handlung schuldig gemacht hat, die seine Stellung unter Anklage rechtfertigen würde; aber wiederum sprechen die triftigsten Zweckmäßigkeitsgründe gegen einen solchen Schritt. Zwischen dem Congreß, dem Obergeneral, dem Kriegsminister und den seine Macht beschränkenden Gesetzen ist der Präsident dermaßen eingeengt, daß er sich kaum rühren kann, seine Fähigkeit zu schaden ist auf ein sehr bescheidenes Maß reducirt, und da ist es offenbar besser, die mit seiner Amtsführung verbundenen Inconvenienzen noch etwas länger zu ertragen, als durch einen Proceß gegen den höchsten Functionär der Republik und seine Entsetzung die größte Aufregung und Verwirrung hervorzurufen.

Provinzial-Zeitung.

⁂ **Breslau,** 29. Febr. [Hochwasser.] Während verflossener Nacht hat sich ein ansehnliches Hochwasser eingestellt. Die Erdzunge zwischen den beiden Oderbrücken ist größtentheils überfluthet und, wie es scheint, den Zurüstungen zu dem großartigen Brückenbau Eintrag geschehen. Eine Bauhütte ist verschwunden. — Wie es den Anschein hat, ist das Wasser noch im Steigen.

Breslau, 29. Febr. [Selbstmord.] Am 27. d. M. Morgens wurde auf dem St. Magdalenen-Kirchhofe bei Rothkretscham der hiesige 36 Jahre alte Tagearbeiter und Schuhmachergeselle M. vorgefunden, welcher seinem Leben durch einen Terzerolschuß ein Ende gemacht hatte. M., dessen Ehefrau vor kurzem unter Hinterlassung eines gegenwärtig 7 Wochen alten Knaben gestorben ist, soll dem Trunke stark ergeben gewesen sein und bereits am Delirium gelitten haben.

[Duell.] Am 27. d. M., Vormittags erfuhr der Polizei-Commissarius Glatz, daß gegen 10 Uhr Morgens eine Anzahl Studenten in 4 Droschken nach dem an der Striegauer-Chaussee belegenen Gasthof „zur Stadt Jauer“ gefahren seien. In Begleitung des Polizei-Sergeanten Kopschinsky begab sich der genannte Commissarius sofort nach dem bezeichneten Gasthof, da er vermuthete, daß dort eine Mensur stattfinden solle. Diese Vermuthung bestätigte sich auch vollkommen, denn als die beiden Beamten den Saal betraten, fanden sie dort gegen 40, den Verbindungen Germania und Silesia angehörige Studenten, die inzwischen, — da sie wahrscheinlich durch ausgestellte Beobachter von der Ankunft der Beamten benachrichtigt waren, ein Lied angestimmt hatten, um den Zweck ihres Zusammenseins zu cachiren. An einem Tische jedoch saß ein Student, der an der rechten Wange stark blutete, und später, nachdem der Verwundete vernommen und ein Geständniß von ihm erlangt worden war, fand der Commissarius Glatz in einer kleinen Stube neben dem Saale einen anderen am Kopfe sehr bedeutend verletzten Studenten, der eben von einem Arzte behandelt wurde. Nachdem noch ermittelt worden war, daß vor dem Eintreffen der Beamten bereits ein Duell zwischen zwei anderen Studenten stattgefunden habe, wurden die Waffen, 4 Schläger (von denen einer dem Vermuthen nach, in Folge heftiger Hiebe zerbrochen war), sowie das gesammte „Pauk-Zeug“, welches sich in einem Koffer befand, mit Beschlag belegt. Die weitere Untersuchung gegen die bei der Mensur betheiligten Studenten ist bei dem Universitäts-Gericht beantragt worden. (Int.-Bl.)

§—§ **Breslau,** 27. Februar. [Consum-Verein.] Gestern Abend hielt der hiesige Consum-Verein im kleinen Saale des neuen Börsen-Gebäudes seine statutenmäßige Generalversammlung ab. Dieselbe war zahlreich besucht und wurde von Hrn. Kaufmann A. Oelsner geleitet. Nachdem dieser die Tagesordnung bekannt gemacht hatte, gelangten die Haupt-Daten des den Mitgliedern gedruckt eingehändigten Geschäfts-Berichtes pro 1867 zur Mittheilung. Nach demselben hat der Verein trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse erfreuliche Fortschritte gemacht, so daß bei dem in dem begonnenen Jahre schon stattgehabten bedeutenden Zuwachs an Mitgliedern mit der Errichtung eines sechsten Lagers, wenn möglich in der Sandvorstadt und wenn sich eine passende Gelegenheit darbietet, zum 1. Juli d. J. vorgegangen werden soll. Die Direction hofft auch hierbei nicht stehen bleiben zu dürfen, sondern noch weitere Waarenläger in den bis jetzt nicht bedachten Stadttheilen errichten und auch zur Beschaffung noch anderer Artikel, als Holz, Kohlen ꝛc. schreiten zu können. Die Zahl der Mitglieder betrug Ende 1866 420 und hat sich bis zum Schlusse des Jahres 1867 um 621 vermehrt, so daß sie zu diesem Zeitpunkte 1041 betrug. In den ersten zwei Monaten dieses Jahres ist sie bereits wiederum um 270 gestiegen. Von den 1041 Mitgliedern gehören dem Berufe nach u. A. an der Landwirthschaft 5, Industrie und Gewerben 357, Handel und Verkehr 219, persönlichen Dienstleistungen 57, Gesundheitspflege 16, Erziehung und Unterricht 30, Künsten, Wissenschaft, Presse 41, Staats- und Gemeindedienst 142. Der Erlös aus dem Waarenverkaufe betrug 1866 13,261 Thlr., 1867 dagegen 31,694 Thlr. 7 Sgr. 11 Pf., der Brutto-Ertrag belief sich auf 3525 Thlr. 21 Sgr. 7 Pf., die Geschäfts-Unkosten dagegen 1989 Thlr. 13 Sgr. 6 Pf., darunter Tantieme und Löhne 1193 Thlr. 17 Sgr., Miethen 368 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf., es bleibt mithin ein Rein-Gewinn von 1536 Thlr. 8 Sgr. 1 Pf., von welchem 1495 Thlr. 4 Sgr. 3 Pf. als Dividende auf 25,631 Thlr. Verkaufs-Erlös oder 1 Sgr. 9 Pf. pro Thaler, das ist 5⅚ Procent zur Vertheilung und 41 Thlr. 3 Sgr. 10 Pf. zum Reservefonds kommen. Die Summe der Geschäfts-Antheile hat durchschnittlich c. 1400 Thlr betragen und somit einen Reinertrag von 109 pCt. gebracht. — Demnächst berichtet der Vorsitzende, daß auch im neuen Jahre bereits eine sehr erhebliche Steigerung des Geschäftsumsatzes eingetreten ist und macht Mittheilung über die Thätigkeit der Direction und des Verwaltungsrathes. — Hierauf wird zur Ersatzwahl durch Stimmzettel für 5 durch das Loos ausscheidende Mitglieder des Verwaltungsrathes (Oelsner, Fiebiger, Schimmel, Richter und Serbin, von denen Letzterer die Wiederwahl abgelehnt hat) und für Herrn Klindt, der durch Amtsgeschäfte sich genöthigt sieht, auszuscheiden, geschritten. In Folge des Berichts des Herrn Büreau-Vorsteher Schimmel über die erfolgte Revision der Rechnung wird dem Kassirer Decharge ertheilt. — Weiter berichtet der Vorsitzende, daß der Verwaltungsrath beschlossen habe, die seitherige Remuneration des Kassirers von ½ pCt. des Waaren-Erlöses unter gewissen Bedingungen auf 1 pCt. zu erhöhen und motivirt diesen Beschluß unter Mittheilung des mit dem Kassirer abzuschließenden Contractes und der für denselben festgestellten Instruction. In der sich hieran anschließenden eingehenden Debatte, an der sich die Herren Voltz, Herrmann, Zoberbier, der Vorsitzende u. A. betheiligen, wird einerseits der beabsichtigte Abschluß des Contractes auf drei Jahre bemängelt, andererseits auf die Unzuträglichkeiten hingewiesen, welche daraus entstehen könnten, daß der Kassirer gleichzeitig auch Mitglied des Verwaltungsrathes ist und beantragt, demselben in diesem eine beschließende Stimme nicht zuzuerkennen. Bei der Abstimmung wird die Erhöhung der Remuneration einstimmig, der Abschluß des Contracts in der vorgelesenen Fassung (nachdem ein die Depositalfähigkeit der als Caution zu hinterlegenden Werthpapiere betreffendes Amendement vom Verwaltungsrathe accepirt worden ist) auf drei Jahre mit großer Majorität genehmigt. Der Antrag, dem Kassirer das beschließende Stimmrecht im Verwaltungsrathe zu entziehen, wird mit 65 gegen 45 Stimmen abgelehnt. — Schließlich wird das Resultat der vorgenommenen Ergänzungswahl verkündet. Es sind gewählt die Herren Kaufmann Oelsner mit 134, Maurermeister Fiebiger mit 135, Büreau-Vorsteher Schimmel mit 135, Tischler Richter mit 132, Stadtrath a. D. Rahner mit 135 und Honigkuchen-Fabrikant Berger mit 135 Stimmen. Die im Laufe des Semesters erfolgte Ergänzung des durch Ausscheiden des Herrn R. Sturm unvollzählig gewordenen Verwaltungsrathes durch Cooptation des Herrn Werkführer Niesel erhält die nachträgliche Genehmigung der Versammlung. — Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Breslau, 28. Febr. [Handwerkerverein.] Gestern Abend hielt Herr Civil-Ingenieur Kayser den lange erwarteten Vortrag über die vorjährige „Weltausstellung in Paris“. In dem, was unser Vaterland ausgestellt — so führt u. A. der Redner aus — habe es in fast Allem seine Ebenbürtigkeit, in Vielem seinen Vorrang unter den Culturnationen behauptet. Redner verfolgte dies durch die verschiedenen Abtheilungen, der Kunst und deren Anwendung ꝛc., wobei er hervorhob, daß der Unterricht im Zeichnen in Süddeutschland allerdings mit größerer Energie betrieben werde als bei uns. Weitere Glanzpunkte seien für Deutschland die Linnen- und Porzellan-Manufactur (in Berlin die königliche und Krister resp. Thielsch in Waldenburg), sowie die Uhrenfabrikation aus dem Schwarzwalde gewesen ꝛc. Im Allgemeinen erringe sich der deutsche Arbeiter, wenn er an Körperkraft dem Engländer weichen müsse, dadurch den Vorzug, daß er an Nachdenken und Bewußtsein die anderen Nationen überflügle, was sich auch an jenem Wettkampfe gezeigt habe, der zwischen einem englischen und nordamerikanischen Fabrikanten über die Festigkeit und Einrichtung ihrer Geldschränke ausgefochten worden sei, und wo der Amerikaner durch die Geschicktheit seiner deutschen Arbeiter gesiegt habe. Ueber die eben so wichtige als ausgedehnte Ausstellung der Maschinen behielt sich der Vortragende bei der beschränkten Zeit einen besonderen Vortrag vor. Neues habe auf diesem Felde namentlich Nordamerika geleistet. Aus der Fragebeantwortung heben wir nur den Bericht des Vorstandsmitgliedes und Hauptturnlehrers Rödelius über das Lehrlingsturnen am Sonntag hervor, woran gegen 190 Lehrlinge Theil genommen haben, unter denen aber die Lehrlinge der sitzenden Gewerbe, die diese Uebungen besonders nöthig haben, wenigstens nicht in dem gewünschten Maße sich befanden. Die meisten Turnschüler haben die Schlosser und Maschinenbauer (19), die Tischler (16), die Kauflente (10) gestellt ꝛc., andere Gewerbe weniger, Schneider seien nur durch 3 vertreten gewesen, viele Handwerker nur einfach. Er lud die Mitglieder zur Mehrbetheiligung ein und zum Besuch der bekanntlich allsonntäglich zwischen 5 und 7 Uhr Nachmittags im Turnsaale stattfindenden Uebungen, welche neben der körperlichen Gewandtheit auch die Entwickelung des geistigen Bewußtseins fördere, und so auch diesem Vereine bildungsdurstige Genossen zuführen werden. Er forderte namentlich die Meister auf, sich den Lehrlings-Turnunterricht und die Uebungen anzusehen.

§—§ **Breslau,** 28. Februar. [Vorschuß-Verein.] In der gestern Abend abgehaltenen General-Versammlung führte der stellvertretende Vorsitzende, Herr Calculator Haselow, den Vorsitz. Nach einigen unwesentlichen Mittheilungen desselben und der Erledigung einer internen Angelegenheit erstattete der Kassen-Curator, Hr. Kfm. Sturm, den Kassenbericht für die Zeit vom 1. Oct. bis ult. Decbr. 1867. In diesem Zeitraume ist die Mitgliederzahl, nachdem 50 ausgeschieden und 107 zugetreten, von 3013 auf 3070 gestiegen. Die Mitgliederguthaben, von denen 1283 Thlr. 24 Sgr. 3 Pf. zurückgezahlt wurden, beliefen sich incl. 3449 Thlr. 21 Sgr. 3 Pf. neu eingezahlter am 31. October auf 109,466 Thlr. 15 Sgr. 8 Pf. An Dividenden waren ausgezahlt im vorigen Quartal 1034 Thlr. 11 Sgr. 3 Pf., im September 3169 Thlr. 27 Sgr., zusammen 4204 Thlr. 8 Sgr. 3 Pf. Vorschüsse standen am 1. Octbr. 224,111 Thlr. 4 Sgr. 7 Pf. aus, hierzu wurden 120,437 Thlr. 25 Sgr. 10 Pf. neu ausgeliehen, dagegen zurückgezahlt 122,302 Thlr. 23 Sgr. 4 Pf., so daß am 31. Decbr. 222,246 Thlr. 8 Sgr. 1 Pf. ausstanden. Hierzu traten noch 16,262 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf., welche an auswärtige Vereine ausgeliehen waren. Außerdem waren im Conto-Corrent-Verkehr ausgeliehen 36,769 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf., es traten hierzu 41,891 Thlr. und 828 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. Zinsen, zurückgezahlt wurden 35,593 Thlr. 2 Sgr. und es bleiben sonach 44,896 Thlr. 10 Sgr. Das Effecten-Conto besaß 7285 Thlr. 15 Sgr., angelegte Capitalien, die bis zum letzten December zurückgezahlt wurden, waren 15,900 Thlr. Das Verwaltungs-Unkosten-Conto war am 30. September mit 734 Thlr. 4 Sgr. belastet, neue Ausgaben waren 838 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf., zusammen 1572 Thlr. 25 Sgr. 6 Pf., wovon 25 Thlr. 18 Sgr. für Bücher, Statuten, Formulare ꝛc. abgehen. Die Spar-Einlagen betrugen am 1. October 179,606 Thlr. 24 Sgr. 1 Pf., neue wurden gemacht in Höhe von 46,231 Thlr. 24 Sgr., hierzu zugeschriebene Zinsen 3247 Thlr. 28 Sgr. 2 Pf. und ab 45,850 Thlr. 6 Sgr. 11 Pf., welche zurückgezogen wurden, giebt in Summa 183,236 Thlr. 9 Sgr. 4 Pf. Das Reserve-Conto war am 31. Decbr. mit 5233 Thlr. 6 Sgr. 6 Pf. dotirt, das Zinsen-Conto betrug 9776 Thlr. 1 Sgr. 1 Pf., wovon 3316 Thlr. 1 Sgr. 2 Pf. für Spar-Einlagen abgehen. — Weiter theilt der Vorsitzende mit, daß die monatlichen Revisionen und am 25. d. M. eine außerordentliche Kassenrevision stattgefunden und zu keinen erheblichen Erinnerungen Veranlassung gegeben haben. — Schließlich richtet Hr. Voltz folgende Interpellationen an den Vorstand: 1) Dem Vernehmen nach sei ein zweiter Vorschuß-Verein hierorts in der Bildung begriffen und er frage an, ob der frühere Vereinsbeschluß, wonach kein Mitglied gleichzeitig einem zweiten Vereine angehören dürfe, aufrecht erhalten bleibe; und 2) wie steht es bezüglich des Beschlusses, daß die Einlage eines Mitgliedes von 48 auf 100 Thlr. erhöht werden solle: Der Vorsitzende und Hr. Sturm gaben ad 1 die nöthige Ausknuft, wonach der besagte Beschluß nach wie vor aufrecht erhalten wird. Etwaige Modificationen sollen der Generalversammlung vorbehalten bleiben. Ad 2 bemerkt der Vorsitzende, die eingetretene Verzögerung habe ihren Grund darin, daß die neuen Statuten noch nicht in Kraft getreten seien.

Schweidnitz, 28. Febr. [Der Bürgerverein] unterzog die Verwaltung der Ziegelei nach Lage des Jahresberichts pro 1866 einer genaueren Erörterung, wobei sich folgendes Resultat ergab. S. 16 ist, nach Abzug der Ausgaben von den Einnahmen ein Ueberschuß von 524 Thlr. 9 Sgr. aufgestellt; dagegen sind S. 71 in dem Resumé über Einnahme und Ausgabe die Ziegelei-Ueberschüsse zum Betrage von 1325 Thlr. 23 Sgr. 11 Pf. aufgeführt, so daß sich eine nicht nachgewiesene Mehreinnahme von 801 Thlr. 14 Sgr. 11 Pf. herausstellt. Ferner heißt es S. 50: „für die Baulichkeiten in der Ziegelei wurden ausgegeben 1123 Thlr. 14 Sgr. 8 Pf. und sind die Kosten bei der Ziegelei-Kasse in Ausgabe gestellt.“ Diese Summe ist also hier nur historisch erwähnt. Bei der Ziegelei-Rechnung sind aber, nach Lage des Berichts S. 16, Nr. 3 „auf Baulichkeiten laut Etat“ nur 500 Thlr. verausgabt, so daß sich hier wieder eine nicht nachgewiesene Mehrausgabe von 623 Thlr. 14 Sgr. 8 Pf. herausstellt. Wie obige Einnahme von 1325 Thlr. 23 Sgr. 11 Pf. und die Ausgabe von 1123 Thlr 14 Sgr. 8 Pf. entstanden sind? läßt sich aus dem Bericht nicht entnehmen. Es vermochte Niemand diese Differenzen zu beheben, und wurde daher beschlossen, diese Angelegenheit behufs Aufklärung in der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache zu bringen.

Trebnitz, 27. Februar. [Communales.] Der bisherige Vorsteher der hiesigen Unterrichts-Anstalt, Rector Günter, welcher zu Anfang des Monats April d. J. sein neues Amt in Schweidnitz antritt, tritt mit Ende künftigen Monats aus seiner hiesigen Stelle. Er hat sich als ein tüchtiger Lehrer erwiesen, und gern beigetragen, die Schule ihrem Ziele näher zu führen. In seine Stelle tritt der Candidat Schulze. Während von der Stadt Alles geschieht, was zur Hebung dieser Schule dienen kann, hoffen wir auf ein glückliches Gedeihen. — In der am 24. d. M. abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, trat dieselbe dem Vorschlage des Magistrats bei, daß eine Vertheilung der für die Stadt gezahlten Grundsteuer-Entschädigungssumme von 2853 Thlr. 12 Sgr. 3 Pf.. auf die einzelnen Besitzer der Grundstücke in der Feldmark, nach Maßgabe der seit dem 1. Januar 1865 neu auferlegten Grundsteuer, hier nicht stattfindet, daß vielmehr dieses Capital mit Zinsen seit dem 1. Januar 1865 bei der Kämmerei-Kasse zu vereinnahmen sei. Es sind Anmeldungen auf Grundsteuer-Entschädigung Seitens der Grundbesitzer der Stadt Trebnitz, innerhalb der gestellten Frist nicht erfolgt, außerdem aber der früher an die Stelle der Grundsteuer hier entrichtete Servis von jährlich 1200 Thlr. aus der Kämmerei-Kasse an die Staats-Kasse gezahlt und von den sämmtlichen Einwohnern aufgebracht worden.

=ch= **Oppeln,** 27. Februar. [C. Nerlich.] Am heutigen Vormittag um 10 Uhr wurde in Turawa, hiesigen Kreises, die irdische Hülle des gräflich Garnier'schen Oberförsters, Herrn Carl Nerlich zur Ruhe bestattet. Die überaus zahlreiche Betheiligung an dem letzten Geleit zeigte, wie allgemein die Trauer um den Verlust des für Viele zu früh Dahingeschiedenen ist. Sie ist aber auch eine gerechte: der Verstorbene war nicht nur ein treuer Beamter seiner Herrschaft, der er 37 Jahre angehört hat, nicht nur ein wackrer und liebevoller Vater seiner aus der hinterbliebenen Gattin, elf Kindern und drei Pflegekindern bestehenden Familie, sondern auch ein stets bereiter Helfer für alle Bedrängten und Nothleidenden. Seine Verdienste um den Kreis Oppeln, dem er im Laufe der Zeit als Polizei-Districts-Commissarius, Kreisverordneter, Mitglied des Directoriums der Kreis-Chausseen und des Kreis-Commissariats, der Armen-Commission und der Commission zur Unterstützung der Familien einberufener Reserve- und Landwehrmänner, sowie als Mitglied des 1854 zusammengetretenen Nothstands-comités schätzenswerthe Dienste geleistet, werden sein Andenken stets in Ehren halten!

Subhastationen im März.

Reg.-Bez. Breslau.

Breslau, Grundstück Nr. 1 am Wäldchen, abg. 21,564 Thlr., 16. März 11½ Uhr, Stadtg. 1 Abthlg. Breslau.
— Grundstück Nr. 24 der Grünstraße, abg. 15,934 Thlr., 10. März 11 Uhr, Stadtger. 1. Abthlg., Breslau.
— Grundstück Nr. 4 am Burgfelde, abg. 3555 Thlr., 12. März 11½ Uhr, Stadtger. 1. Abthlg. Breslau.
— Grundstück Nr. 182 zu Neudorf-Commende, abg. 21,856 Thlr., 17. März 11½ Uhr, Kr.-Ger., Ferien-Abthlg. Breslau.
Donkawe, Freistelle Nr. 26, abg. 1530 Thlr., 16. März 10 Uhr, Kr.-Ger., 1. Abthlg. Militsch.
Nieder-Jentschdorf, Grundstück Nr. 2, abg. 1450 Thlr., 6. März 10 Uhr Kr.-Ger. 1. Abthlg. Oels.
Kottowski, Grundstück Nr. 23, abg. 170 Thlr., 18. März 11 Uhr, Kr.-Ger. 1. Abthlg. Poln-Wartenberg.
Klein-Ulbersdorf, Grundstück Nr. 11 und 14, abg. 3271 Thlr. u. Nr. 36 zu Distelwitz, abg. 872 Thlr. und Nr. 15 zu Ossen, abg. 500 Thlr., 17. März 11 Uhr, Kr.-Ger. 1. Abthlg. Poln.-Wartenberg.
Tscherbeney, Grundstück Nr. 282, abg. 1500 Thlr., 13. März 11½ Uhr, Kr.-Ger.-Comm. Lewin.
Bayersdorf, Bauergut Nr. 7, abg. 12,113 Thlr., 13. März 11 Uhr, Kr.-Ger.-Comm., Bez. I. Landeck.
Breslau, Parzelle des Grundstücks Nr. 2 der Sterngasse, abg. 1180 Thlr., 17. März 11½ Uhr, Stadtger. 1. Abthlg. Breslau.
— Grundstück an der Mochberner Straße (Vol. VII. fol. 337), abg. 1495 Thlr., 19. März 11½ Uhr, Stadtger. 1. Abthlg. Breslau.
Polnisch-Neudorf, Bauergut Nr. 4, abg. 5809 Thlr., 16. März 11 Uhr, Kr.-Ger., Ferien-Abthlg., Münsterberg.
Klinkenhaus, Grundstück Nr. 22, abg. 1090 Thlr., 16. März 11 Uhr, Kr.-Ger. 1. Abthlg. Reichenbach.
Friedrichshayn, Grundstück Nr. 1, abg. 3410 Thlr., 19. März 11 Uhr, Kr.-Ger. 1. Abthlg., Reichenbach.
Altheide, Grundstück Nr. 7, abg. 3154 Thlr., 18. März 11 Uhr., Kr.-Ger.-Comm. II. Reinerz.

Telegraphische Witterungsberichte vom 28. Februar.

Mrg.	Ort.	Baromet. Pariser Linien.	Therm. Reaum.	Wind, Richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
6	Memel	333,2	2,1	W., stark.	Bedeckt.
7	Königsberg	334,5	2,2	W., stark.	Trübe.
6	Stettin	337,3	5,4	W., stark.	Bedeckt.
—	Ratibor	330,7	0,0	S., schwach.	Heiter.
—	Münster	335,6	5,4	SW., schwach.	Trübe.
—	Trier	333,1	5,2	S., schwach.	Bewölkt.
7	Flensburg	335,7	5,2	W., lebhaft.	Bezogen.
8	Paris	338,9	2,5	S., fast still.	Nebelig.
—	Haparanda	329,0	—14,9	NW., s. schwach.	Heiter.
—	Helsingfors	328,8	—1,2	WNW., schwach.	Bedeckt.
—	Petersburg	328,5	—3,1	Ganz ruhig.	Bewölkt.
—	Moskau	—	—	—	—
—	Stockholm	330,9	1,9	W., s. schwach.	Bewölkt.*)
—	Skudesnäs	333,5	1,4	Ganz ruhig.	Halb bedeckt.

*) Gestern Abend W. Max. +5,6. Min. —2,4.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 28. Febr. 10 U. Ab.	333,67	+4,8	W. 1.	Trübe.
29. Februar 6 U. Mrg.	333,94	+4,2	W. 1.	Trübe.

Breslau, 29. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 19 F. 6 Z. U.-P. 8 F. 4 Z.

Auswärtige amtliche Wasser-Rapporte.

Ratibor, 28. Februar, Nachm. 4 Uhr. Stand am Pegel 13 Fuß 10 Zoll. Das Wasser fällt.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Haag, 28. Februar. Aus Deputirtenkreisen wird gemeldet, daß Thorbecke die Ermächtigung nachgesucht hat, das Ministerium in Betreff der letzten Kammerauflösung interpelliren zu dürfen.

Paris, 28. Februar. Mehrere Abendblätter constatiren, daß die orientalische Frage in diesem Augenblick durchaus keinen Grund zu Be

orgnissen darbietet. — „Temps“, welcher Details über das in Verviers auf den russischen Botschafter Baron Budberg verübte Attentat mittheilt, meldet u. A., daß der Thäter der Sohn des früheren russischen Geschäftsträgers in Rom, Baron Meyendorff, gewesen ist; man wollte wissen, daß nicht nur momentane Geistesstörung, sondern auch persönliche Gereiztheit gegen Baron Budberg das Motiv der That gewesen ist.

„Liberté“ zufolge soll Prinz Napoleon, welcher nach Norddeutschland abgereist ist, mit einer Mission an den Berliner Hof betraut sein.

Paris, 28. Februar. Der „Moniteur“ meldet, daß am 21. d. zwischen Frankreich und Italien ein Abkommen geschlossen worden, durch welches die Privilegien der in Frankreich lebenden Italiener und der in Italien lebenden Franzosen auf der Grundlage vollständiger Gleichheit geregelt werden. Darnach sind die Betreffenden frei vom Militärdienst, von Abgaben und von der Verpflichtung zur Uebernahme öffentlicher Aemter.

Madrid, 27. Februar. In der heutigen Sitzung der Cortes machte der Ministerpräsident, Marschall Narvaez, Mittheilung von Ruhestörungen, die in Folge der herrschen Theuerung in Granada stattgefunden und das Einschreiten der bewaffneten Macht nothwendig gemacht hätten; die Ruhe sei jedoch jetzt vollständig wiederhergestellt. — In der Deputirtenkammer interpellirte Amoros die Regierung wegen der üngsten Ministerkrisis. Der Minister des Innern verweigerte darüber Erklärungen zu geben, indem er hinzufügte, daß die Königin in der Wahl ihrer Minister vollständig frei und unbeschränkt sei.

London, 28. Februar. Nach Berichten aus Newyork vom 19. d. M. ging im Senat die Bill durch, welche die Verminderung der Heeresmacht bezweckt. — Das Repräsentantenhaus genehmigte eine Bill, nach welcher fremde, auf das Gebiet der Union entwichene Sträflinge ausgeliefert werden sollen. Dasselbe Haus bewilligte 50,000 Dollars znr Unterstützung von im Auslande inhaftirt gewesenen amerikanischen Bürgern.

Der Dampfer „Bavaria“ ist von Newyork am 25. d. abgesegelt.

Nizza, 28. Febr. Das Befinden des Königs Ludwig I. von Baiern war heute Morgen, nachdem gestern eine venöse Blutung erfolgt war, ein verhältnißmäßig besseres. Die Nacht war ruhig, der Zustand ist schmerzlos und fieberfrei. Im Laufe des heutigen Tages ist eine neue Blutung erfolgt. Der König hat im Vorgefühl des nahen Todes, dem er mit christlicher Ergebung und Entschlossenheit entgegensieht, den Seinigen in München die letzten Grüße gesandt.

Bukarest, 27. Febr. Die bereits gemeldeten, sich entgegenstehenden Voten des Senats und der Deputirtenkammer waren durch die Vorlage veranlaßt, welche das Ministerium zum Zweck der Umgestaltung des Cassationshofes gemacht hat. Die Erklärungen, welche der Justizminister über die desfallsigen Absichten der Regierung auf in beiden Häusern an dieselbe gerichtete Interpellationen abgegeben hat, erhielten die Mißbilligung des Senats und die Billigung der Deputirtenkammer. Der Cassationshof verharrt in seiner Opposition gegen die Regierung. Ein Schreiben des Justizministers, welches stattgefundenen Amtsmißbrauch und Unregelmäßigkeiten des Verfahrens rügte, beantwortete der Cassationshof mit der Erklärung, er hänge nur von Gott und seinem Gewissen ab.

London, 28. Febr. Die „Morning-Post“ meldet, daß dem Viscount Cranborn das Ministerium für Indien und dem General Peel das Kriegsministerium angetragen ist, daß aber beide diese Stellen abgelehnt haben. (T. B. f. N.)

London, 27. Februar. Der Minister ohne Portefeuille, Walpole, hat seinen Austritt erklärt. Es gehen Gerüchte, daß die Königin dem Grafen Derby die Herzogswürde angeboten habe. Der vorsitzende Magistrat des Polizeigerichtshofes in der Bow-Street, Sir Thomas Henry, verweigerte heute, dem Ansuchen des Jamaica-Comite's auf Ausfertigung eines Verhaftsbefehls gegen den gerade in London gegenwärtigen ehemaligen Gouverneur der Insel, Eyre, zu willfahren. (T. B. f. N.)

Melbourne, 5. Febr. Der Herzog von Edinburgh (Prinz Alfred von Großbritannien) hat Tasmanien besucht und befindet sich zur Zeit in Sydney. Gegenwärtig finden Neuwahlen zum Parlament statt, dessen Zusammentritt am 3. März erwartet wird. Ungeachtet heftiger Stürme längs der Küste sind die Aussichten für den Landbau günstig. Die Goldausfuhr belief sich im letzten Monat auf 23,250 Unzen. (T. B. f. N.)

Eröffnung der Schifffahrt.

Stettin, 28. Febr. An heutiger Börse lag folgende Bekanntmachung auf:

Dem wohllöblichen Vorsteher-Amt der hiesigen Kaufmannschaft zeige ich hierdurch ergebenst an, daß die Odermündungen, die Peene, die Swine und die Dievenow vom Eise frei sind und die Schifffahrt als eröffnet zu betrachten ist. F. Lieckfeld, Lootsencommandeur.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 28. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93⅜ gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 68, 82½—68, 90. Ital. 5proc. Rente 45, 00. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 548, 75. Credit-Mobil.-Actien 216, 25. Lombardische Eisenbahn-Actien 372, 50. Oesterreichische Anleihe von 1865 pr. cpt. 350, 00. 6proc. Ver. St.-Anleihe pr. 1882 (ungest.) 80⅞. Träge.

London, 28. Februar, Nachmitt. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 92 15/16. 1proc. Spanier 35⅜. Italien. 5proc. Rente 45. Lombarden 14 15/16. Mexicaner 15¼. 5proc. Russen 86½. Neue Russen 84⅜. Silber 60 7/16. Türk. Anleihe von 1865 32 11/16. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 fest 71 5/16. Aus der Bank gingen heute 74,000 Pfd. St. nach Alexandrien. — Der Dampfer „Europa“ ist aus Newyork in Queenstown eingetroffen.

London, 28. Febr. Der Dampfer „Java“ ist aus Newyork in Queenstown angekommen. — Sehr schönes Wetter.

Frankfurt a. M., 28. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schluß-Course.] Wiener Wechsel 101½. Oesterr. National-Anleihe 55¾. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75. Hessische Ludwigsbahn 131⅝. Baierische Prämien-Anleihe 99¼. 1854er Loose —. 1860er Loose 72¼. 1864er Loose 83. Sehr bewegt. Nach Schluß der Börse fester.

Frankfurt a. M., 28. Febr., Abends. [Effecten-Societät.] Ziemlich fest, wenig Geschäft. Credit-Actien 190⅞. 1860er Loose 72¼. Steuerfreie Anleihe 50⅞. Staatsbahn 259½. Amerikaner 75.

Wien, 28. Febr. [Abend-Börse.] Credit-Actien 188, 60. Staatsbahn 255 80. 1860er Loose 83, 40. 1864er Loose 82, 50. Nordbahn 176, 00. Galizier 204, 00. Lombarden 171, 10. Napoleonsd'or 9, 38. — Sehr bewegt.

Hamburg, 28. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84¾. National-Anleihe 57⅛. Oesterr. Credit-Actien 81¾. Oesterreichische 1860er Loose 73. Staatsbahn 550. Lombarden 370. Italien. Rente 44¼. Vereinsbank 111⅛. Norddeutsche Bank 119⅛. Rhein. Bahn 116¼. Nordbahn 94¾. Altona-Kiel —. Finnländische Anleihe —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 97¼. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 96¾. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 68½. Disconto 2 pCt. — Fonds bei schwankenden Coursen gesucht.

Hamburg, 28. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco sehr flau, ab auswärts niedriger angeboten, auf Termine anfangs niedriger, später sich befestigend. Weizen per Febr. 5400 Pfd. netto 182 Bancothaler Br., 181 Gld., per Februar-März 179 Br., 178 Gld., per Frühjahr 177 Br., 176½ Gld. Roggen per Februar 5000 Pfund Brutto 142 Br., 141 Gld., per Februar-März 139 Br., 138 Gld., per Frühjahr 137 Br., 136½ Gld. Hafer still. Rüböl ohne Kauflust, loco 23½, per Mai 23⅛, per October 23⅞. Spiritus flau zu 28 angeboten. Kaffee fester. Die Post aus Rio de Janeiro ist signalisirt. Zink beachteter,

Petersburg, 28. Febr. [Schluß-Course.] Wechselcours auf London 3 Monate 33 1/16 D., do. auf Hamburg 3 Monate 29¾ Sch., do. auf Amsterdam 3 Monate 164¼ Ct., do. auf Paris 3 Monate 346 Cts. 1864er Prämien-Anleihe 119⅝. 1866er Prämien-Anleihe 119½. Imperials —. Gelber Lichttalg loco (im Voraus bezahlt) 45½. Schluß flauer.

Petersburg, 28. Febr. Roggen pr. Mai 10. Hanf pr. Juli 34 Alles voraus bezahlt.

Manchester, 28. Febr., Nachm. (Von Hardy Natan u. Sons.) Garne, Notirungen per Pfund: 30r Mule gute Mittel-Qualität 12 D. 30r Water bestes Gespinnst 14½ D. 40r Mayoll 13½ D. 40r Mule, beste Qualität wie Taylor ꝛc. 15½ D. 60r Mule, für Indien und China passend, 16½ D. — Stoffe, Notirungen per Stück: 8¼ Pfd. Shirting prima Calvert 129 D. dto. gewöhnliche gute Makes 121½ D. 34 inches 17/17 printing Cloth 9 Pfd. 2—4 oz. 147 D. — Ruhig, jedoch Nachfrage zu billigeren Preisen.

Liverpool, 28. Febr., Mittags. Baumwolle: 8,000 Ballen Umsatz. New-Orleans 9½. Georgia 9¼. Fair Dhollerah 8½. Middling fair Dhollerah 8⅜. Good middling Dhollerah 8¼. Bengal 7¼. Good fair Bengal 7¾. Fine Bengal —. New fair Oomra 8½. Good fair Oomra —. Pernam 10. Egyptian —. Smyrna —. Orleans schwimmend —. Savannah —. Schwimmende Mobile —. Flau.

New-York, 28. Februar, Abends. Wechsel auf London 109⅞. Gold-Agio 41¼. Bonds 110⅛. Illinois 138. Eriebahn 68¼. Baumwolle 22. Petroleum 25½. Mehl 10, 40. Bonds 1885er 108½. 1904er Bonds 104⅜.

Havannah, 28. Febr. Zucker 7½, Wechselcours auf London 9⅓—10¼.

Antwerpen, 28. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Petroleum-Markt. (Schluß-Bericht.) Termine geschäftslos, matter. Raffin., Type weiß, loco 43½ à 44 bez. u. Br.

Paris, 28. Febr., Nachm. Rüböl, pr. Febr. 96, 50, pr. Mai-August 94, 00, pr. Sept.-Decbr. 94, 00. Mehl pr. Febr. 89, 75, pr. März-April 89, 75. Spiritus pr. Februar 76, 00.

London, 28. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) In englischem Weizen schleppendes Geschäft, in fremdem nur sehr beschränkter Umsatz, weil Inhaber einen Preisabschlag verweigerten. Frühjahrsgetreide unverändert. Talg 42½. Leinöl loco ab Hull 33½.

Amsterdam, 28. Februar, Nachmitt. 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen pr. März 301, pro Mai 307, pr. Juni 303. Raps pr. October 69½. Rüböl pr. Mai 36, pr. November-Decbr. 37½.

Werthloses deutsches Papiergeld.

Anhalt-Bernburger Kassenscheine, à Thlr. 1 und 5 von 1850 u. 1852.
Anhalt-Cöthen-Bernburger Eisenbahnscheine.
Anhalt-Dessauer Kassenscheine, à Thlr. 1 u. 5 vom 1. August 1849.
Anhalt-Dessauer Landesbank-Noten, à Thlr. 1 und 5 vom 2. Januar 1847.
Anhalt-Cöthenschen Kassenscheine, à Thlr. 1 u. 5 vom 1. Juni 1848.
Anhalt-Cöthen-Bernburger Kassenscheine, à Thlr. 1 und 5 vom 2. März 1848.
Bautzener (Lausitzer landständ.) **Banknoten**, à Thlr. 5 von 1850.
Baierische Hypotheken- und Wechselbank-Noten, à Fl. 10 vom 1. Juni 1850.
Braunschweigische Bank- und Darlehns-Bankscheine, à Thlr. 1, 5 und 20 von 1842.
Braunschweigische Banknoten, à Thlr. 10 Gold vom 1. Juni 1856.
Breslauer städtische Banknoten, à Thlr. 1, 5, 25 u. 50, v. 10. Juni 1848.
Chemnitzer Stadtscheine, à Thlr. 1 von 1848.
Danziger Privatbanknoten, à Thlr. 10 vom Juli 1857.
Gothaer Kassen-Anweisungen, à Thlr. 1 u. 5 v. 30 September 1847.
Holsteinische Kassen-Anweisungen von 1854 (seit 1. Juli 1864 werthlos).
Kurhessische Leih- und Commerzbank-Noten.
Leipziger Banknoten, alle vor dem 2. November 1851 erschienenen.
Oesterreichische Banknoten, rothe und auf Conventions-Münze lautend.
Potsdamer Stadtscheine vom 8. September 1849.
Reuß-Schleizische Kassen-Anweisungen, à Thlr. 1 v. 27. März 1849.
Rostocker Banknoten v. 1. Juli 1850, sind seit 31. März 1865 werthlos.
Sächsische (königl.) **Kassenbillets** von 1840, 1843, 1846 und 1848.
Schwarzburg-Rudolstädter Kassenscheine, à Thlr. 1 u. 5 von 1848.
Schwarzburg-Sondershausener Kassenscheine, à Thlr. 1 und 5 vom 11. März 1854; à Thlr. 10 vom 11. März 1854 und 20. December 1855.
Würtembergische Scheine, alle bis Ende 1857 ausgegebene.

Deutsches Papiergeld, welches in nächster Zeit werthlos wird.

Anhalt-Bernburger Kassen-Anweisungen, à Thlr. 1 von 1859 werden seit 10. Decbr. 1867 u. A. bei der Landes-Haupt-Kasse in Dessau eingelöst, Endtermin noch unbekannt.

Danziger Privatbanknoten, à 100 Thlr. von 1857. Endtermin noch unbekannt.

Großherzoglich hessische Grundrenten-Scheine, alte, à Fl. 1, 5, 10, 35 und 70 am 1. Juli 1868.

Königsberger Privat-Banknoten, à 10, 20, 50 und 100 Thlr., vom 1. April 1857, ohne daß ein Endtermin bis jetzt angegeben.

Kurhessische Kassenscheine, Nassauische Kassenscheine und **Nassauische Landesbanknoten** } werden nach 1868 von den öffentlichen Kassen nicht mehr angenammen.

Magdeburger Privat-Banknoten vom 30. Juni 1856. Endtermin noch unbekannt.

Oesterreichische 100-Fl.-Banknoten vom 1. März 1858 werden bis Ende 1870 bei der Bankdirection in Wien umgetauscht.

Posener Provinzialbanknoten von 1857. Endtermin noch unbekannt.

Preußische Kassen-Anweisungen von 1835 und Darlehnskassenscheine von 1848 werden auf unbestimmte Zeit bei den Regierungs-Haupt-Kassen noch eingelöst.

Preußische Banknoten, à Thlr. 10 vom 15. Mai 1856 (1. Emission, ohne dreifarbigen Ueberdruck auf der Rückseite) — à Thlr. 25 und 50 vom 31. Juli 1846 werden jetzt nur noch bei der Haupt-Bankkasse in Berlin umgetauscht. Auch die 10-Thlr.-Noten vom 15. Mai 1856 mit dem dreifachen Ueberdruck werden seit September 1867 eingezogen, ohne daß bisher Endtermin bekannt.

Reuß-Greizer 1-Thlr.-Scheine vom 15. Mai 1858, bis 31. Dec. 1868.
gl. Schleizsche Kassenbillets von 1855 werden eingezogen; Endtermin noch unbestimmt.

Schwarzburg-Sondershausener Kassen-Anweisungen, à Thlr. 1 vom 25. Oct. 1859, bis 31. Mai 1868. (Nach dem „Notizzettel über Papiergeld“, herausgegeben von der Jäger'schen Buchhandlung in Frankfurt a. M.)

Berlin, 26. Febuar. [Bericht über Bergwerksproducte und Metalle.] Das Metallgeschäft scheint dem lange gewünschten besseren Ziele entgegen zu gehen, da mehrfache Ankäufe für den Frühlingsbedarf stattgefunden haben. — Kupfer. Die englischen Berichte sind fester, was auch auf die anderen Märkte von Einfluß sein dürfte. Englisches, schwedisches, amerikanisches und inländisches 25½ bis 27 Thlr., russisches 28 bis 33 Thlr. per Ctr. Siegensches Kupfer wegen geringerer Qualität unbeachtet. — Zinn. Banca-Zinn 32 Thlr., Lamm-Zinn 32 bis 33 Thlr. Im Detail 1—2 Thlr. mehr. — Zink. W.-H.-Marke 6⅔ Thlr. ab Breslau. Geringere Marken 6½ Thlr. pr. Ctr. Im Detail 1 bis 2 Thlr. mehr. — Blei: Die Preise halten sich. Sächsisches und Harzer 6 7/12 Thlr., Tarnowitzer 6¾ Thlr., Spanisch 6⅚ bis 7⅓ Thlr. Im Detail 1 Thlr. per Centner theurer. — Roheisen: Warrants auf 53 S. gestiegen. Verschiffungseisen begehrt Gartsherrie 57 S., Coltneß 1. 58 S., Langloan 1. 55 S. 6 D. (Diese Marke, welche hier mehr eingeführt ist, bedingt wegen des bei diesem Werke stattfindenden Strikes einen erhöhten Preis.) Sonstige Marken 53 S. per Ton. Hiesige Notirungen: Für gute Glasgower Marken vom Lager 47½ Sgr., auf Lieferung 45—46½ Sgr. Oberschlesisches Coaks-Roheisen (Versendungen nach Oesterreich anhaltend) 37½—38½ Sgr. nach Qualität loco Hütte. Holzkohlen-Roheisen 42½—43 Sgr. ab Hütte offerirt. — Stabeisen. Gewalztes 2⅔—3⅓ Thlr., geschmiedetes 3½ bis 3¾ Thlr. pr. Ctr. ab Werk. — Eisenbahnschienen gefragt, zum Verwalzen 47½ bis 48 Sgr., zu Bauzwecken geschlagen 2¼ bis 3 Thlr. pr. Ctr. — Kohlen und Coaks. Stückkohlen 19½—22 Thlr., Nußkohlen 17½—19 Thlr. — Coaks knapp. Vom Lager 18½—19 Thlr., auf Lieferung 17—17½ Thlr. per Last.

Berlin, 28. Febr. Die Vorgänge in Paris wirkten auch heute in verstimmender Weise, und wenngleich man derselben keine besondere Tragweite beimißt, so gaben doch die Course fast sämmtlicher Papiere durch Rückgänge Zeugniß von der nachtheiligen Einwirkung auf den hiesigen Verkehr. Von der ursprünglich stark ausgeprägten Mattigkeit erholte sich die Börse zwar einigermaßen, indeß sind die Herabsetzungen bei den Speculationspapieren, die in letzter Zeit beliebt waren, immerhin noch beträchtlich; zuletzt trat indeß die Reprise auffallend stark hervor. Uebrigens machte sich neben der Ultimo-Liquidation, die zu unveränderten Bedingungen sich leicht vollzog, eine ziemlich rege Kauflust zu den gewichenen Coursen bemerkbar, wie andererseits allerdings auch manche der Engagements die Lösung der Prolongation vorzogen. Wegen der Preisunterschiede gegen die gestrigen Course verweisen wir auf unsere neben einander stehenden Notirungen und bemerkten nur, daß die Speculations-Effecten in großen Posten herabgesetzt zum Umsatz kamen. Metalliques waren theurer, Amerikaner niedriger sehr lebhaft. Der Preisabschlag bei Eisenbahnen erreichte nur ausnahmsweise wie bei Oberschlesischen Lit. A. die Höhe eines Procents, ganz abnorm und vereinzelt stehend ist der starke Coursdruck, welchem Potsdamer unterlagen; Halberstädter und Stargard-Posener stellten sich höher. Prioritäten fehlte Leben, nur Kursk-Kiew wären als nicht vernachlässigt zu bezeichnen; die meisten waren billiger, nur Rjäsan-Kozlow waren theurer. Von Banken trieb die Speculation Genfer weiter, sie wurden steigend in großen Summen aus dem Markt genommen, auch Koburger, Gothaer, Geraer und Preuß. Bank zogen an, Disc.-Commandit, Berliner Handel, Norddeutsche und Braunschweiger sind rückgängig. Preuß. Fonds waren etwas herabgesetzt ziemlich belebt. Schluß fest. — Prämie für Amerikaner per ultimo März 76½—⅝, per ultimo April 76¾ bis ¾.

Liquidations-Course: Lomb. 100, Franz 149½, Oesterr. Credit 82¼, Italiener 45, Amerikaner 75½, 1860er Loose 72, Russische Präm.-Anleihe 103¾ resp. 103¼; kurz Wien 87¼, lang 86¾, Westbahn 64¾, Russische Banknoten 84¾. Bei preuß. Eisenbahnen gilt der heutige Mittelcours.

[Breslauer Börse vom 29. Febr.] Schluß-Course (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergeld 84⅞—85 bez. Oesterreich. Banknoten 87 5/12—⅝ bez. Schles. Rentenbriefe 90½ Gd. Schles. Pfandbriefe 83 Gd. Oesterr. National-Anleihe 58¼ Br. Freiburger 119½ Br. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Litt. A. und C. 184—85 bez. Wilhelmsbahn 84 bez. u. Gd. Oppeln-Tarnowitzer 73½ Br. Oesterr. Creditbank-Actien 82½ bez. u. Gd. Schles. Bank-Verein 111¾ Br. 1860er Loose 73 Gd. Amerikaner 75⅝—¾ bez. Warschau-Wiener 58½ Br. Minerva 35⅞—36—35¾ bez. Baierische Anleihe —. Italiener 44⅞—45⅛ bez.

Breslau, 29. Februar. Preise der Cerealien.

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen, weißer	119—121	116	110—112	Gerste	69—71	67	60—64
do. gelber,	116—118	113	108—110	Hafer	45—46	44	42—43
Roggen	94—95	93	90—92	Erbsen	84—86	82	78—80

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von **Raps** und **Rübsen**.

Raps	194	184	174	pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.
Winterrübsen..	182	172	162	
Sommerrübsen	170	160	150	
Dotter	166	156	146	

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 18 11/12 Br., 18¾ Gd.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. 6000 Ctr. Roggen. — Ctr. Leinöl. — Ctr. Rüböl. 35,000 Qrt. Spiritus. — Ctr. Leinkuchen.

Berliner Börse vom 28. Februar 1868.

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl. . .	4½	95¼ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	103⅜ bz.
dito 1854. 55.	4½	95¼ bz.
dito 1857. 59	4½	95¼ bz.
dito 1856	4½	95½ bz.
dito 1864	4½	95¼ bz.
dito 1867	4½	95¼ bz.
dito 1850/52	4	89½ B.
dito 1853	4	89½ B.
dito 1862	4	89½ B.
Staats-Schuldscheine	3½	83½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	115⅜ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	96 G.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	76 bz.
Pfandbriefe. Pommersche . . .	3½	75½ bz.
Pfandbriefe. Posensche	4	— — —
Pfandbriefe. dito	3½	— — —
Pfandbriefe. dito neue	4	85½ B.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	90½ bz.
Rentenbriefe. Pommersche . . .	4	90¼ G.
Rentenbriefe. Posensche	4	88½ G.
Rentenbriefe. Preussische	4	88¼ bz.
Rentenbriefe. Westph. u. Rhein.	4	92¾ bz.
Rentenbriefe. Sächsische	4	91 bz.
Rentenbriefe. Schlesische	4	90¾ B.
Louisd'or 112½ bz.	Oest. Bk.	87⅝ bz.
Goldk. 9. 10½ G.	Russ. Bkn.	84¾ bz

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	51½ bz.
dito Nat.-Anl. .	5	57¾ bz
dito Lot.-A. v. 60	5	72½ à ¾ bz.
dito dito 64	—	48¾ bz.
dito 54er Pr.-A.	4	65½ G.
dito Eisenb.-L.	—	77 G.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	45 à 44⅞ à 45 bz.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	84¾ G.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	65¼ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	59½ G.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	51 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	96 G.
dito à 300 Fl.	5	91½ etw. bz.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	54 G.
Baden. 35 Fl. Loose	—	— — —
Amerikan. St.-Anl. .	6	75⅜ à ⅝ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische . . .	4½	— — —
dito II.	4½	94 bz. u. G.
dito IV.	4½	91½ bz.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	77½ bz.
Cöln-Minden	4½	97½ G.
dito II.	5	— — —
dito	4	84¼ bz. u. G.
dito III.	4	82½ bz.
dito	4½	94 bz u. G.
dito IV.	4	83 bz.
dito V.	4	83 bz
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4½	82½ bz. u. B
dito III. Em. .	4	— — —
dito IV. Em. .	4½	85¾ bz. u. G.
Gal. Ludwigsb. . . .	5	82¼ G. n. 78¼ G.
Niederschl.-Märk. . .	4	87¾ bz. u. G.
dito conv.	4	87¾ G
dito III.	4	85½ b.
dito IV.	4½	94¾ G.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100 bz.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77½ G.
dito C.	4	84¾ G.
dito D.	4	84¾ G.
dito E.	3½	77¾ G.
dito F.	4½	93¼ bz.
dito G.	4½	92⅛ G.
Oesterr.-Franz.	3	264 bz.
Oesterr. südl. St.-B.	3	216 B.
Rhein. v. St. gar. . .	4½	96 G.
Rhein-Nahe-B. gar. .	4½	92½ bz. u. G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	30 bz.
Amsterd. Rottd.	7¼	4¾	4	101⅞ bz.
Berg.-Märkische	9	8	4	135½ bz.
Berlin-Anhalt . .	13	13¼	4	208 G.
Berlin-Görlitz . .	—	—	4	79 bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	97 bz.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	163¾ B.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	16	4	191 bz. u. G.
Berlin-Stettin . .	8	8 7/12	4	136⅛ bz.
Böhm.-Westb. . .	—	5	5	64¾ bz.
Breslau-Freib. . .	9	9⅙	4	118½ bz.
Cöln-Minden . . .	17⅔	9	4	135¼ bz. u. G.
Cosel-Oderberg .	2¼	2⅛	4	83½ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	86½ G.
dito dito	—	5	5	90⅞ B.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	89⅛ bz.
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅔	4	149½ bz.
Magd.-Halberst.	15	—	4	166 bz. u. B.
Magd.-Leipzig . .	20	—	4	203 B.
Mainz-Ludwgsh.	8	—	4	127¾ bz.
Mecklenburger . .	3	3	4	78⅛ bz
Neisse-Brieger . .	5 5/12	—	4	91¼ bz. u. G.
Niedrschl.-Märk.	—	4	4	88¾ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	74 B.
Nordbahn, Hess.	4	—	4	— — —
Oberschl. A. . . .	11⅔	12	3½	183½ à 84½ bz.
dito B. . . .	11⅔	12	3½	— — —
dito C. . . .	11⅔	12	3½	183½ à 84½ bz.
Oest.-Fr. St.-B. .	5	—	5	149¼ à ¾ bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	100 à 99⅝ à 100⅜ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	72¾ bz.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	73⅛ bz.
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	88⅞ bz. u. G.
Rheinische	7	—	4	117⅛ à ⅞ bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	29¾ bz. u. G.
Stargard-Posen .	4½	4½	4½	92¼ bz.
Thüringer	—	—	4	133½ G.
Warschau-Wien	8½	—	5	58 bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	162 B.
Braunschw. B. .	—	0	4	99¾ etw. bz.
Bremer Bank . .	6½	8	4	115½ B.
Danziger Bank .	7 3/10	8	4	109 B.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	95 B.
Geraer Bank . .	7⅝	7⅜	4	99½ G.
Gothaer „	7½	5	4	90 bz. u. G.
Hannoversche B.	4	5⅕	4	80¼ bz. u. G.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	117½ etw. bz.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	110¾ G.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	111½ G.
Luxemburger B.	6	6	4	82½ G.
Magdeburger B.	5½	5	4	91 G.
Posener Bank	6½	7½	4	93¾ etw. bz.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	153¾ bz.
Thüringer Bank	4	4	4	64¼ B.
Weimar	6½	4¼	4	85 B.
—				
Berl. Hand.-Ges.	8	3	4	112½ bz.
Coburg. Credb.A.	8½	4	4	78 etw. bz. u. G.
Darmstädter „	8½	6½	4	86¼ bz. u. B.
Dessauer „	—	0	—	2 G.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	111½ bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	27⅛ à ⅜ bz. u. G.
Leipziger „	4	—	4	89½ etw. bz.
Meininger „	7	—	4	91½ bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	18½ bz.
Oest. Credb.-A.	4½	—	5	82 à 81¾ à 82¼ bz.
Schl. Bank-Ver.	7½	7½	4	111½ G.
—				
Minerva	1	—	5	35½ bz. u. G.
Fbr. v. Eisenbdf. .	5½	10	5	132 bz.

Breslau, 29. Februar. Bei ruhigem Geschäftsverkehr und zulänglichem Angebote haben wir vom heutigen Markte kaum Verändertes zu berichten.

Weizen war wenig beachtet, pr. 84 Pfund schlesischer weißer 106—119 Sgr., gelber 105—117 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen in matter Stimmung, pr. 84 Pfd. 90—95 Sgr., feinste Sorte 96 Sgr. bezahlt. — Gerste preishaltend, pr. 74 Pfd. gelbe 60 bis 64 Sgr., helle 66—68 Sgr., weiße 69—71 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer, beachtet, pr. 50 Pfund 42—46 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen gut gefragt. — Wicken gefragt, pr. 90 Pfund 64—70 Sgr. — Oelsaaten wenig zugeführt. — Lupinen wenig beachtet, pr. 90 Pfd. gelbe 42—46 Sgr., blaue 40—44 Sgr. Bohnen wenig angeboten, pr. 90 Pfd. 94—106 Sgr. — Schlaglein in fester Haltung. — Rapskuchen beachtet, 64—67 Sgr. pr. Centner. — Mais (Kukuruz) 78—85 Sgr. pr. Ctnr.

Kleesaat — schwacher Umsatz, — rothe preishaltend, 11½—13½ bis 15 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, — weiße in feiner Waare wenig angeboten, 16—20—22 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz.

Thymothee angeboten, 7—8—8⅚ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 30—42 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.